

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad. Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Rechtsphilosophie des Nationalsozialismus
 Der Hunger regiert
 Die Schipperkrankheit
 Hitler und Locarno

Die Schwierigkeiten des Systems

Ablenkung von der inneren Not nach außen

Der Chef der Systempropaganda hat auf dem Berliner Gauparteitag der NSDAP eine großmüßige Rede über die Erfolge und Segnungen des Systems gehalten. In dieser Rede war ein Satz enthalten, den wir nicht in der braunen Presse, nicht im Bericht des Deutschen Nachrichtenbüros gefunden haben, wohl aber in Berichten der englischen Presse. Dieser Satz handelte von »Schwierigkeiten, die mit inneren Mitteln nicht mehr zu lösen sind.«

Im Munde eines Regierungsvertreters einer normalen friedlichen Regierung braucht dies nichts mehr zu sein, als eine Absage an den Wirtschaftsnationalismus, an die Autarkie. Im Munde eines Vertreters des braunen Systems ist dieser Satz eine Kriegsdrohung, ein Bekenntnis zur Politik der gewaltsamen Expansion des Machtstaates. Göbbels hat in dieser Rede sehr viel vom Frieden und von der Friedfertigkeit des braunen Systems geredet. Sein Versuch der Ablenkung von den inneren Schwierigkeiten des Systems nach außen zeigt, was von diesen Friedensbeteuerungen zu halten ist.

Dieser Satz von den Schwierigkeiten, die mit inneren Mitteln nicht mehr zu lösen sind, wird ergänzt durch die von Göbbels erhobenen Kolonialforderungen, sowie durch den weiteren Satz: »Ein so übervölkertes Land wie Deutschland braucht den notwendigen Lebens- und Wirtschaftsraum.« Das ist der Satz, den Mussolini immer wieder predigen läßt, um damit den italienischen Angriffskrieg in Abessinien zu rechtfertigen, das ist die Theorie von den »Proletariern unter den Völkern«, denen gegeben werden muß, was andere haben, wenn sie nicht in Europa Amok laufen sollen. Aber wer sind die Reichen unter den Völkern, sozusagen die Großkapitalisten, die von ihrem Kapital abgeben sollen? Schlagen die Hitler und Mussolini den Engländern, Franzosen und Amerikanern vor, daß sie ihre Reiche mit ihnen teilen möchten? Davon ist keine Rede! Die Völker, die bezahlen sollen, die als Objekte der deutschen und italienischen imperialistischen Expansion und Ausbeutung erhalten sollen, sind Kolonialvölker und die schwächeren Völker im Osten und Südosten Europas, und es ist die Sowjetunion. Der Satz von den Proletariern unter den Völkern ist die schamlose Verfälschung großimperialistischer Expansions- und Ausbeutungsabsichten.

Das braune System hat alles getan, um Deutschland den notwendigen Lebens- und Wirtschaftsraum zu verengen. Es hat über das Land eine Selbstblockade verhängt, die jeden wirklichen Wirtschaftsaufstieg unmöglich macht. Es hat handelspolitisch dem Lande schwerste Schläge zugefügt, die noch lange nachwirken werden. Es hat die friedliche Ausbreitung der deutschen Wirtschaft, die sich im Wettbewerb Raum geschafft hat, leichtfertig den Zwecken der wahnwitzigen Aufrüstung und dem Wirtschaftsnationalismus geopfert. Es hat in Wahrheit wichtigen Wirtschaftsraum für das deutsche Volk verloren. Die handelspolitischen Positionen in einer Reihe von Ländern, in denen vor dem Ausbruch des Dritten Reichs der deutsche Handel an erster Stelle stand, sind entweder verloren oder geschwächt.

Nicht nur das! Die Politik des Systems hat zur Folge, daß jeder Versuch deutscher handelspolitischer Aktivität heute auf stärkstes politisches Mißtrauen und stärkste politische Widerstände stößt. Das to-

tale System hat eine unlösbare Verbindung zwischen militärischer Machtpolitik und Handelspolitik geschaffen. Seine Propaganda hat alles auf Macht gestellt. Die Welt sieht heute im deutschen Kaufmann nicht nur den Kaufmann, sondern den Vorläufer skrupelloser Eroberer. Aus den wirtschaftspolitischen Problemen im Osten und Südosten Europas sind reine nationalistische Machtprobleme geworden. Der Weg zur wirtschaftlichen Lösung, zur Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, zur Teilnahme am Konjunkturaufstieg ist Deutschland versperrt, weil ihm das braune System im Wege steht! Die Lösung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands ist gewiß mit nur inneren Mitteln nicht zu erreichen. Sie setzt die Aufhebung der Selbstblockade, die Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, in die internationale Kreditwirtschaft voraus. Aber diese Mittel sind dem System verschlossen. Die Mittel, die Göbbels im Auge hat, das sind die Kano-

nen und Gewehre, die er in der gleichen Rede gefeiert hat.

Ist es nicht grotesk, daß Schacht und seine Freunde verzweifelte Anstrengungen machen, um wieder Beziehungen zur internationalen Kreditwirtschaft herzustellen und Anleihen für Deutschland zu erhalten, und daß gleichzeitig Göbbels Deklamationen darüber losläßt, daß »die nationalsozialistische Regierung nicht nur keine Auslandskredite aufnehme, sondern darüber hinaus noch bemüht sei, die damals leichtsinnigerweise aufgenommenen Kredite abzudecken?« Wir brauchen keine Anleihen, wir brauchen nur Kanonen! (Da sprach der Fuchs: »Die Trauben sind mir zu sauer, ich mag sie gar nicht haben.«) Diese von Göbbels gepriesene Politik ist erzwungen durch den Charakter des Systems als totaler nationalsozialistischer Militärstaat. Sie lähmt jede wirtschaftspolitische, kreditpolitische, handelspolitische Aktivität über die Grenzen hinaus. Sie bietet dafür nur einen propagandistischen Ersatz — sie

lenkt ihre Anhänger auf den Raubgedanken hin.

Dennoch muß das System innere Mittel bereithalten, um den Schwierigkeiten zu begegnen — nicht den wahren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wohl aber denen, die sich daraus in der Bevölkerung ergeben könnten. Zur gleichen Zeit mit der großmüßigen Rede von Göbbels ist die voll bewaffnete SS von 12.000 auf 16.000 Mann erhöht worden. Sie ist bewaffnet mit Geschützen, Flugabwehrgeschützen, Maschinengewehren, Panzerwagen und Gewehren. Sie besitzt eine unbewaffnete Reserve von 300.000 Mann. Die bewaffneten Kräfte der SS sind in vier Regimentern über Deutschland verteilt. Ihre Bestimmung ist es, jede Erhebung gegen das System niederzuschlagen. Sie ist die Prätorianergarde der Tyrannen. Diese Truppe und die Tatsache, daß sie gerade jetzt verstärkt und besser bewaffnet wird, das ist das deutlichste Zeichen für die Schwierigkeiten des Systems!

Hitler und Locarno

Unmittelbar, nach dem Hitlerdeutschland die Rüstungsparagraphen des Versailler Vertrages zerrissen hatte, wurde hier darauf hingewiesen, daß der nächste Stoß den Artikeln 42 bis 44 des Versailler Vertrages gelten werde, die das linke Rheinufer und Brückenköpfe auf dem rechten entmilitarisieren. Deutlich genug hat dann Hitler in seiner berühmten Reichstags-Friedensrede vom 21. Mai 1935 angekündigt, daß er bei passender Gelegenheit mit »dem unerhört schweren Beitrag« aufräumen werde, der Deutschland durch die einseitige Entmilitarisierung der Rheinzone zugemutet werde. Für jeden, der Hitler kennt, war aus der Formulierung zu entnehmen, daß er die von Deutschland im Locarno-Vertrag noch einmal freiwillig übernommene Entmilitarisierung nur befristet anerkennt. Die europäischen Kabinette wollten aber wieder einmal Herrn Hitler nicht verstehen. Bis nun die Drohungen der deutschen Presse anlässlich der englisch-französischen Generalstabsbesprechungen zu einem französisch-englischen Einschüchterungsschritt in Berlin geführt haben. Staatssekretär von Bülow leistete sich die Frechheit, dem französischen Bot-

schafter zu sagen, daß die antifranzösische Drohartikel in der deutschen Presse »lediglich die persönliche Meinung ihrer Verfasser zum Ausdruck brächten.« Es bestehe keineswegs die Absicht, den Vertrag aufzukündigen, und das ist die lauterste Wahrheit. Die Remilitarisierung der Rheinlande ist ein Entwicklungsprozeß, der längst begonnen hat, wie ja die Aufrüstung auch lange Jahre vor dem 16. März 1935 in Gang gesetzt war. Die Proklamation steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung. Die Entmilitarisierung der Rheinlande wurde eingehalten, so lange eine friedenswillige Reichsregierung mit einem 100.000-Mann-Heer die Verträge achtete und sie nur friedlich zu ändern gewillt war. Die Entmilitarisierung der Rheinlande ist auf die Dauer psychologisch und technisch unmöglich bei dem Willen zum »totalen Krieg« und der geistigen Mobilisierung, übrigens auch paramilitärischen, der mit dem übrigen Volke auch die Rheinländer und ihre Wirtschaft unterliegen. Alle Ausflüchte bringen Europa nicht um die Entscheidung herum, Hitler zu stürzen oder dem Hitlerkrieg entgegen zu gehen.

sche — nunmehr nicht mehr mit Zutun und unter Kontrolle der Gewerkschaften — abgelöst worden war. Hofmann urteilt zum Schluß seiner Mitteilungen, nachdem er selbst festgestellt hat, daß der Hauptgrund für die Krankheit in dem ausgeklügelten »Prämien-system« bei den schweren Erdarbeiten läge und also gerade die fleißigsten Arbeiter von dem sehr schmerzhaften Leiden befallen würden, folgendermaßen über das ganze System: »Man darf also ruhig (!) von einer Berufskrankheit der Schipper sprechen« ... Darf man wirklich darüber »ruhig« sprechen? Man sollte meinen, daß das Aufreizende der Angelegenheit selbst die Steine in Hitlerdeutschland zum reden veranlassen müßte!

Frontkämpfer-Heuchelei

Eine Delegation der sogenannten deutschen Frontkämpferorganisation besucht zur Zeit London. Ihre Aufgabe ist es, Stimmung zu machen für das braune System und um die englische Freundschaft zu werben. Diese Delegation wird von dem Obernazi Oberlindober geführt.

Diese braunen Sendlinge haben nicht das mindeste Recht, im Namen der deutschen Frontkämpfer zu sprechen. Sie sind Agenten eines Systems, das deutsche Frontkämpfer zu zehntausenden in die Konzentrationslager geworfen, sie mißhandelt und ihrer Rechte beraubt hat. Sie pfeifen auf Frontkämpfersolidarität, wenn es um deutsche Frontkämpfer geht, die sich nicht knechten lassen wollen, sie heucheln diese Solidarität nur im Ausland, um die anständigen Gefühle eines anderen Volkes zu betrügen.

Während sie sich in England als Frontkämpfer spreizen, sitzen deutsche Frontkämpfer immer noch in Konzentrationslagern. Wir nennen zwei von ihnen: die früheren Reichstagsabgeordneten Schumacher und Mierendorff. Der eine hat im Krieg einen Arm verloren und 17 Schußverletzungen erlitten, der andere hat im Kriege höchste deutsche Kriegsauszeichnungen erhalten. Dennoch werden sie immer noch in Konzentrationslagern gequält, nur um ihrer Gesinnung willen, von einem System, das im Ausland Frontkämpfersolidarität heuchelt!

Schipperkrankheit - Hitleckkrankheit

Ausdehnung auf das ganze Reich — Die Folgen unmenslicher »Arbeitsbeschaffung«

Die sogenannte Schipperkrankheit, bisher in Hitlerdeutschland allein beobachtet, obschon doch gewiß die meisten anderen Staaten Mitteleuropas die Krisenbekämpfung ebenfalls durch eine öffentliche Arbeitsbeschaffung bestreiten, die in der Hauptsache auch dort sich an Wege- und Straßenbau hält, scheint sich jetzt vom Ruhrgebiet aus, wo sie beim Reichsautobahnbau vor Jahresfrist zuerst beobachtet wurde, auf das ganze Reich ausgedehnt zu haben. Kein Wunder, da ja die rigorosen, arbeiterunwürdigen Bedingungen, unter denen im Hitlerregime, bei der Zererschlagung aller gewerkschaftlicher Selbsthilfe der Arbeiter, moderne Galeerenarbeit geleistet werden muß, von Köln bis Königsberg und von München bis Pienburg überall die gleichen sind.

So berichtet jetzt im Berliner »Zentralblatt für Gewerbehygiene« der Vertrauensarzt Dr. Hofmann über das neuerliche starke Umsichgreifen der Schipperkrankheit im Heideberger Gebiet. Dort gibt es — seit Einsetzen der Erdarbeitens, wie Hofmann schreibt — bisher allein drei Dutzend Krankheitsfälle, die fast alle zur Dauer-Arbeitsunfähigkeit der Betroffenen geführt haben, zumal die Medizin dem Phänomen ratlos gegenübersteht. Herr Dr. med. Hofmann läßt sich aber ferner auch noch von einem Dr. med. Werner aus der Stadt Mannheim schreiben, daß dort allein sogar 149 Fälle seit Anfang 1934 bekannt geworden sind. Auch hier ist bezeichnend, daß die Krankheit erst von dem Zeitpunkt an als Epidemie auftritt, in dem die Arbeitsbeschaffung der Republik einfach durch die Hitler-

Der kalte Pogrom

Die »jüdische Grundstücke.

Es ergehen keine antisemitischen Gesetze mehr, — aber in der »Zeitschrift für Polizeibeamte« wird eine neue offiziöse Auslegung der alten Polizeivorschriften veröffentlicht. Danach gilt der Verkauf von Grundstücken an Nichtariern als Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit. Es braucht nicht betont zu werden, daß hiermit ein ganz entscheidender Eingriff in das allgemeine deutsche Wirtschaftsleben vorgenommen worden ist. Selbst der Minister Schacht soll sich gegen derartige Maßnahmen im Interesse des deutschen Grundstücksmarktes lange Zeit gewehrt haben. Eine solche einschneidende Maßnahme bedarf aber im heutigen Deutschland keines Gesetzes und nicht einmal einer simplen Polizeiverordnung. Eine einfache »offiziöse Auslegung« genügt, um den Grundstückserwerb von Nichtariern zu unterbinden.

»Rassenschand« im Kaffeehaus.

Nach derselben Nummer der »Zeitschrift für Polizeibeamte« gilt aber auch der gemeinsame Besuch öffentlicher Gaststätten durch Juden und »Arierinnen« als polizeiwidriges Verhalten. Viele deutsche Gastwirte sind allerdings schon vorher unter dem Druck der örtlichen nationalsozialistischen Organe dazu übergegangen, den Besuch von Juden ganz zu unterbinden. Im »Jahr der Olympiade« ist es zwar nicht mehr üblich, das Betreten des Gasthauses durch Juden durch Anschlag an der Eingangstür zu verbieten. Die meisten derartigen Zettel sind längst verschwunden. Aber jüdisch aussehende Personen werden häufig »durch den Kellner« »höflich« eruchtet, sich unauffällig aus dem Lokal zu entfernen. Trotzdem ist die neue polizeiliche »Auslegung« keineswegs bedeutungslos. Denn nunmehr können Juden, die das Verbrechen begehen, ein Kaffeehaus mit einer »arischen« Frau zu betreten, in ganz reguläre Polizeihaft genommen werden.

Absteigequartier als Judenfall.

Man sieht, die Polizei tut ihr bestes, um für die »Reinhaltung« des deutschen Blutes zu sorgen. Allerdings ist ihr mitunter auch weniger daran gelegen, die »Rasse« zu schützen, als vielmehr die »Rassenschänder« zu bestrafen. Vor den Absteigequartieren der Berliner Friedrichstadt sind unauffällig Polizeispitzel postiert, die genau aufpassen haben, ob nicht etwa ein »gemischtraagiges« Paar das Hotel betreten will. Sie greifen nicht etwa vor dem Betreten des Hotels ein, um die »Rassenschand« zu verhindern. Erst nach Verlassen des Hauses »überführen« sie das Paar der vollzogenen »Rassenschandung«.

Das Buchhandelsadreibuch »gereinigt«.

Dem offiziellen »Adreibuch des Deutschen Buchhandels für 1936« liegt ein kleiner Zettel bei, auf dem die folgenden vielsagenden Sätze stehen:

»Das Adreibuch des Deutschen Buchhandels enthält eine kleinere Anzahl Firmen im Reichsgebiet nicht mehr. Falls diese Firmen in umgewandelter Form bestehen bleiben, werden sie nach Veröffentlichung in der regelmäßig im Börsenblatt erscheinenden »Wöchentlichen Uebersicht über geschäftliche Einrichtungen und Veränderungen« wieder in das Adreibuch des Deutschen Buchhandels aufgenommen.«

Zu der »kleineren Anzahl von Firmen« gehören weltbekannte Verlagsanstalten, wie S. Fischer und Bruno Cassirer, ferner große Buchhandelsunternehmungen, wie Gustav Fock und Martin Breslauer. Es gehören dazu sämtliche Buchhandlungen, die sich noch in jüdischem Besitz befinden.

»Jüdische Kultur« unter Aufsicht von Spitzeln.

Gleichzeitig wird bekannt, daß die Reichsregierung zum Leiter der jüdischen Kulturlände Herrn Georg Kareski eingesetzt hat. Dieser saubere Herr ist zugleich der Leiter der sogenannten Zionisten-Revisionisten, einer jüdisch-faschistischen Gruppe, die den Rassenstandpunkt anerkennt, gegen den Marxismus zu Felde zieht und mit den offenen Feinden des Judentums, den deutschen Nationalsozialisten, aufrichtig sympathisiert. Das »Pariser Tageblatt« hat gegen ihn den bestimmten Vorwurf erhoben, daß er für die deutsche Gestapo Spitzeldienste in den Kreisen der deutschen linksgerichteten und jüdischen Emigration organisiert habe. Herr Kareski hat auf diesen Vorwurf nicht geantwortet.

Die deutsche Regierung tut sich etwas darauf zugute, daß sie den Juden ein selbständiges kulturelles Leben garantiert. In Wirklichkeit ist der Leiter dieser »Kultur« ein williges Werkzeug in den Händen der schlimmsten Antisemiten.

F. Schloesser.

Danzig als Hitlerprovinz

Forderungen des Hohen Kommissars an den Völkerbund

Der 90. Tagung des Völkerbundsrates liegt ein Bericht des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig vor. Dieser Bericht stellt fest:

1. Daß die Regierung von Danzig nicht im Sinne der Verfassung, sondern im Sinne des deutschen Hitlersystems ihr Handwerk ausübe;
2. daß die Empfehlung des Rats und des Hohen Kommissars ergebnislos geblieben ist;
3. daß eine Änderung in der Ausübung des Mechanismus des Völkerbundes für die Garantie der Verfassung vorgenommen werden müsse;
4. daß die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Danzig ins Auge zu fassen sei.

Das Hauptstück des Berichtes bilden Darlegungen über die tatsächliche Diktatur des Hitlerstatthalters Forster in Danzig:

»Man wird — so schreibt der Hohe Kommissar — die Danziger Zustände nicht völlig verstehen können, wenn man nicht die Stellung des Herrn Albert Forster untersucht, des Leiters des Gau Danzig der Nationalsozialistischen Partei. Herr Forster ist nicht Danziger Bürger, sondern deutscher Staatsangehöriger. Er ist außerdem Abgeordneter im deutschen Reichstag und nimmt im Dienst der deutschen Regierung hohe offizielle Stellungen ein, z. B. die eines preußischen Staatsrats. Er scheint sich vor etwa fünf Jahren in Danzig niedergelassen zu haben. Ich bin nicht in der Lage, zu sagen, ob die Danziger Partei an seiner

Wahl mitgewirkt hat, oder ob er durch eine auswärtige Behörde ernannt worden ist. Es muß betont werden, daß sehr enge Beziehungen zu der deutschen Nationalsozialistischen Partei bestehen, wobei die Danziger Partei offenbar als Sektion der ersten angesehen werde. . . Die Nationalsozialistische Partei ist auf dem Grundsatz der Unterwerfung unter den Führer, des Gehorsams und der Disziplin aufgebaut und auf Grund der eigenen Erklärungen des Herrn Forster scheint es, daß er seinen hierarchischen Führern gehorcht und denselben Gehorsam von allen Mitgliedern seiner Partei in Danzig verlangt. Man wird die Bedeutung dieses Grundsatzes in seiner Anwendung auf die Danziger Angelegenheiten begreifen. Außerdem leisten die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei dem Führer der Bewegung in Deutschland den Eid der Treue und des Gehorsams. Herr Forster ist ein junger Mann und ein außerordentlich begeisterter, um nicht zu sagen fanatischer Nationalsozialist, der glaubt, daß alle Personen deutscher Rasse und Kultur ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehören und unabhängig von allen Umständen vorbehaltlos dem Führer der Partei in Deutschland gehorchen müssen.«

Der Hohe Kommissar erinnert in diesem Zusammenhang an einen Briefwechsel, den er Ende 1934 mit dem damaligen Vizepräsidenten Herrn Greiser über die Rolle des Herrn Forster geführt hatte, und er fährt fort: »Ich fürchte immerhin, daß die Lage nicht normal ist. Man muß sich daran erinnern, daß ein jedes der Mitglieder der Regierung auch Mitglied der Partei ist, und daß der Senats-

präsident selbst in der Partei einen Posten einnimmt (stellvertretender Gauführer), der dem Posten des Herrn Forster unterstellt ist.«

Herr Lester zitiert eine Rede des Präsidenten Greiser vom 27. November 1935, in der er sagte: »Wir Nationalsozialisten gehen, wenn man es uns befiehlt, und wir bleiben, wenn man es uns befiehlt.«

»Sogar in seinen öffentlichen Reden, so fährt der Hohe Kommissar fort — hat Herr Forster nicht darauf verzichtet, zu begründen, daß er in der Staatsverwaltung auf Gebieten, die ausschließlich zur Befugnis der Regierung gehören, eingreifen kann, und tatsächlich eingreift. Um ein Beispiel zu erwähnen, hat Herr Forster am 1. März 1935 in einer Versammlung der Staatsbeamten in einem Regierungsgebäude das Wort ergriffen. Er erklärte bei dieser Gelegenheit, daß jeder Staatsbeamte, der nicht für die Nationalsozialistische Partei wäre, abgesetzt würde. Mitglieder der Regierung wohnen dieser Versammlung bei und keiner hat, weder damals noch später, protestiert. Es ist von Interesse, auf die Tatsache zu verweisen, daß das Oberste Gericht in seinem Urteil über den gegen die Wahlen eingeleiteten Rekurs (Einspruch) anerkannt hat, daß diese Rede einen verfassungswidrigen Versuch der Wahlbeeinflussung darstelle.«

Dieser Bericht hat in Genf sehr tiefen Eindruck gemacht. Er stellt den Völkerbundsrat vor seine Verantwortung, der weder der Berichterstatter, der englische Außenminister Eden, noch die Ratsmitglieder aus dem Wege gehen können.

Neue Futterkrippen

Das Anwalts- und das Aerztegesetz

Die wirtschaftliche Lage der Anwälte in Deutschland hat sich so zugespitzt, daß ein gesetzlicher Eingriff immer dringender notwendig wurde. Die Brotlosigkeit der jüdischen Anwälte konnte den verbleibenden Anwälten schon deshalb keinen großen Gewinn einbringen, weil die Zahl der Herausgeworfenen in der Zwischenzeit durch neuzugelassene Anwälte beinahe erreicht worden ist. Da bei den eigentümlichen Rechtszuständen in Deutschland die Zahl der Prozesse immer mehr abnimmt und das Vertrauen der wirklich Leidenden zu den Anwälten immer geringer wird, so ergab sich die Notwendigkeit, etwas Grundsätzliches zu tun. Das Dritte Reich hat aus dieser Sachlage drei Konsequenzen gezogen:

Zunächst einmal hat es die freie Advokatur, die in einem zivilisierten Staat zu den Grundlagen der Rechtspflege gehört, aufgehoben. Der Anwärter hat nicht mehr das Recht auf Niederlassung. Er ist von der Justizverwaltung abhängig, die in Zukunft entscheidet, ob er überhaupt Anwalt werden und wo er seine Tätigkeit ausüben darf.

Weiterhin ist man der davongejagten Konkurrenz noch weiter auf den Leib gerückt. Den ehemaligen Anwälten ist es in Zukunft verboten, in irgend einer Form rechtsberatende Tätigkeit auszuüben. Denn für diese Tätigkeit bedarf es in Zukunft einer besonderen Erlaubnis und — »Juden wird die Erlaubnis nicht erteilt.«

Endlich das alte Rezept für alle Wirtschaftsschichten: Ran an die Reserven! Das Vermögen, das die Anwaltschaft gesammelt hatte, muß jetzt zur Ueberwindung der Not herangezogen werden. Und zwar in zweierlei Weise: Zunächst einmal etwas für die Bonzen. Sie werden als Präsidenten, Vertreter, Präsidiumsmitglieder in alle möglichen Funktionen der Anwaltschaft eingesetzt, die bisher entweder ehrenamtlich von Anwälten oder nebenbei von den Gerichtsbehörden erledigt worden sind. Alles natürlich nach dem »Führerprinzip«, also auch zu den Gehaltsätzen, die ein richtiger Führer beanspruchen kann. Derartig materialistische Kleinigkeiten stehen natürlich nicht ausdrücklich im Gesetz. Lediglich aus § 108 erkennt man, daß das Gesetz zwischen bezahlten und ehrenamtlichen »Führern« unterscheidet. Die Bonzen beanspruchen aber nicht das ganze Vermögen für sich. Der Rest wird an diejenigen verteilt, die zehnfach das Examen guter Gesinnung und deshalb nebenbei auch das Assessorenexamen bestanden haben. Anwälte dürfen sie nicht mehr werden. Dafür werden sie auf vier Jahre als Anwärter und Anwaltassessoren einem Anwalt zur Beschäftigung überwiesen, der ihnen das staatliche Assessorgehalt auch auszahlen soll. Die Anwälte werden mangels eigener Beschäftigung diesen Anwärtern keine Arbeit geben können. Sie werden ihnen aber

auch kein Geld zahlen können, weil sie ja in der Mehrzahl glücklich wären, wenn sie selbst Einnahmen in Höhe des Assessorgehaltes hätten. In die letzte Lücke springt nun die Anwaltskammer ein. Sie bürgt dem Assessor für das Gehalt und wird es in den meisten Fällen auch zahlen müssen.

Diese Anwaltsordnung ist der Grabesang der Anwaltschaft. Vertrauensmann der Rechtssuchenden, unabhängiger Helfer für den Unterdrückten und Diener am wirklichen Recht, das können die Anwälte, die unter diesem Gesetz ihre Tätigkeit weiter führen, nicht sein.

Auch die Aerzteordnung sorgt in erster Linie für einen neuen bürokratischen Apparat mit Hunderten von bezahlten Funktionären und Beamten. Darüber hinaus ist sie deshalb interessant, weil sie den Grundsatz einführt, daß »nationale Zuverlässigkeit« Voraussetzung des ärztlichen Berufes ist (§ 3, Nr. 2). Hiermit wird die Voraussetzung für die Vertreibung der unangenehmen Konkurrenz geschaffen, die bei den Anwälten fast restlos durchgeführt ist. Aus diesem Grunde allein wird auch das gesamte Aerztrecht umgestellt. Während bisher die Approbation nur dem Arzt entzogen werden konnte, der durch Gerichtsurteil die bürgerlichen Ehrenrechte verlor, kann jetzt das ärztliche Ehrengericht »feststellen, daß ein Arzt unwürdig ist, den ärztlichen Beruf auszuüben.« Damit verliert der Arzt jede Möglichkeit, in seinem Beruf weiter tätig zu sein.

Aus diesem Grunde konnte das Aerztegesetz von einer ausdrücklichen Regelung der Judenfrage absehen. Im Zeichen des Olympia-Jahres hätte es einen schlechten Eindruck gemacht, wenn man alle jüdischen Aerzte auf einmal in der bekannten Art brotlos gemacht hätte. Sie werden einzeln verfolgt und durch ein Ehrengerichtsurteil aus ihrem Beruf herausgeworfen werden. Es ist notwendig, diese Methode zu erkennen.

Das gestohlene Rezept

Wir lesen in einer deutschen Zeitschrift:

» . . . Da der -ismus im eigenen Lande politisch oder weltanschaulich Andersdenkenden die freie Meinungsäußerung verbietet, findet seine Presse im Inland auch keine Gegner, mit denen sie sich auseinandersetzen hätte. Ihr ist lediglich die Aufgabe gestellt, die -istische Doktrin zu vertreten und den -ismus zu popularisieren. . . . Es gibt schwerlich eine Presse, in der eine derartige Einseitigkeit und geistige Oede herrscht wie in der -istischen Presse.

Bei noch so aufmerkamer Beobachtung kommt man zu dem Ergebnis, daß in der inneren Technik der -istischen Presse im wesentlichen doch eigentlich nur drei Methoden,

abwechselnd, meist aber gleichzeitig benützt werden.

Einmal die ständige, wie ein Hammerwerk funktionierende Wiederholung, variiert nur durch den Gebrauch veränderlicher Schlagworte. Gegenwärtig dient z. B. die Bezeichnung »-istisch« als superlatives Beiwort für Arbeit, für Tempo, Sieg usw. »-istisches Arbeit ist die vollkommenste Arbeitsweise und Arbeitsleistung. . . diese »-istische« ist Fanfare. Es gibt nichts Höheres, keinen stärkeren, belobigeren Ausdruck.

Die zweite Methode ist sozusagen das Gegenteil der ersten: Immer wieder etwas Neues, neue Formen der Massenbearbeitung durch die Presse. So förderte man die Selbstkritik, nicht am System natürlich, sondern an seiner Durchführung im einzelnen; Selbstkritik, die niemals im System den Grund von Mißständen sehen darf, verlangt umsichtige Direktion. Wehe, wenn sie versagen würde! Um sie in die gewünschten Bahnen zu lenken, gab man Parolen aus, die von der Fehlerquelle auf die Auswirkung ablenken und dort beschwichtigen. Immer neue Lösungen sollen die Massen bannen, daß sie vorwärtsgepeitert nicht einmal mehr die Gegenwart von Mangel, Not und Hunger empfinden.

Nun kann es aber selbst dem -istischen System passieren, und es ist auch schon mehrmals geschehen, daß es sich heiß zu laufen droht. Dagegen ist das dritte Mittel nützlich: Ablenkung der gefährlichen, bohrenden Aufmerksamkeit von sich auf einen — Feind, innen oder außen, je nach den Umständen, manchmal auch beides.

Solch ein Ablenkungsmanöver war der verwirrende Kampf gegen die Opposition von links und rechts, gegen die Verführer des echten, konsequenten -ismus. Dann kamen die von der Presse groß aufgezogenen Schauprozesse. Sie richteten sich gegen den »Feind im Lande«. Der Feind von außen ist sozusagen ständiges Requisite, die Gegner-Atrappe für politische Manöver. Das fingierte Bedrohens durch ihn eignet sich vorzüglich, eine zu irgend welchem Zweck nützliche Kriegspsychose zu erzeugen, die Begeisterung für das System anzufeuern.

Aber diese Methoden der -istischen Presse sind im letzten Grunde gar keine spezifischen Pressemethoden, sondern die des ganzen Systems, von dem die Presse nur ein Teil ist.

Welche deutsche Zeitschrift so schreiben darf? In Jahrg. VI, Heft 6 der »Zeitungswissenschaft« schreibt das ein Dr. Erich Walch (München), und zwar über die Sowjetpresse. Denn wo wir, der Abkürzung halber, einen Gedankenstrich setzen, steht nicht etwa »nationalsozialistische«, sondern »bolschewistische«. Der Aufsatz erschien im Dezember 1931, rund ein Jahr vor der glorreichen Machtergreifung. Heute würde er wegen zersetzender Anspielungen mit Konzentrationslager beantwortet werden.

Manche Beurteiler halten Göbbels für den intelligentesten Kopf der heutigen deutschen Gewalthaber, für den geschicktesten Mächer unter den herrschenden Drahtziehern. Wir sehen, auch seine Rezepte sind gestohlen!

8000 Deportierte

Das Arbeitsamt Breslau veröffentlicht in den schlesischen Zeitungen unter der Überschrift »8000 Arbeitslose finden Arbeit« folgenden Jubelruf:

Trotz des Wirtschaftsaufstiegs seit der Machtübernahme ist in dem vom Arbeitsamt Breslau erfaßten Gebiet das Verhältnis zwischen der Arbeitskraft und der Wirtschaftskraft noch nicht ausgeglichen...

Das Arbeitsamt Breslau hat daher Arbeitskräfte, für die im hiesigen Bezirk auf absehbare Zeit keine Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden waren, in den Gebieten einer Beschäftigung zugeführt, in denen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden oder ein Mangel an Arbeitskräften, insbesondere Pacharbeitern, bestand.

So war es gelungen, einen recht erheblichen Teil vom Arbeitskräfte, der sich aus dem oben erwähnten Kreise und Angehörigen der verschiedensten Berufe rekrutierte, nach Mitteldeutschland, Brandenburg, Pommern und Ostpreußen zu vermitteln.

Im Jahre 1935 wurden 7978 Arbeitskräfte, davon 5543 (einschließlich zwei Familien) der Landwirtschaft zugehörig, außerhalb Breslauer untergebracht.

Also nur zwei Familien wurden vollzählig verschickt. Wieviele Arbeiter aber ohne Familie deportiert wurden, wieviele Frau und Kinder zurücklassen mußten, um sich viele Kilometer entfernt für einen Elendlohn zu plagen und in haufälligen Baracken zu hausen — das steht nicht in den Zeitungen, das wird nur von Mund zu Mund geflüstert. Die Triumphmeldung des Arbeitsamtes Breslau ist — wie viele andere Triumphmeldungen des Dritten Reiches — in Wahrheit eine Trauerbotschaft.

Die braunen Bonzen

Wer meint, daß mit dem in den offiziellen Statistiken ausgewiesenen starken Sinken der Arbeitslosigkeit auch die Zahl der bei den Arbeitsämtern beschäftigten Personen zurückgeht, der befindet sich in einem großen Irrtum. Seit dem Januar 1933 soll die Zahl der Arbeitslosen von über 6 Millionen um nahezu 4 Millionen zurückgegangen sein. Es wäre also nur logisch, wenn eine Verminderung der Arbeitskräfte bei den Melde- und Vermittlungsstellen stattgefunden hätte.

Aber aus dem neuesten Jahresbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung geht hervor, daß die Zahl der Arbeitskräfte nicht nur nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen ist. Allein die Zahl der Stammkräfte, das sind die Beamten, ist, nachdem sie schon in den zwei vorhergehenden Jahren erhöht worden war, 1935 abermals um 1100 gestiegen. Als »Stammkräfte« wird aber nur ein Bruchteil der beschäftigten Personen geführt. Haben sie schon diese beträchtliche Vermehrung erfahren, so darf daraus geschlossen werden, daß die Zahl der Hilfskräfte um Zehntausend gestiegen sein muß.

Auffälligerweise vermeidet es die Reichsanstalt, Angaben über die Höhe der Verwaltungskosten zu machen. Es würde die Öffentlichkeit sonst erfahren, in welchem Umfang die Reichsanstalt und die Arbeitsämter von den Postenjärgern als Futterkrippen benutzt werden.

Ein Meister des Schweigens

Ein genialer Münchener Komiker klagte vor seinem Publikum: »Nix darf man mehr sagen.« Und setzte hinzu: »Das wird man doch noch sagen dürfen.« Nach diesem Beispiel übte Hugenberg in der Generalversammlung seiner Ufa als Aufsichtsratsvorsitzender eine Art beißender Kritik am Hitlerregime, die oben durch Verschweigen Verständnis erweckt und gerade dadurch die Gestapo entziffert. Er war genötigt, gegenüber einer Opposition zu begründen, warum diesmal die Dividende einer Rückstellung von 2,2 Millionen geopfert wird. Er sagte, daß bei der Erhöhung der Rückstellungen um 2,2 Millionen ganz besondere Umstände zu berücksichtigen seien, die er angesichts der Aufmerksamkeit, mit der das Ausland die Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft beobachtet, nur andeuten wollte. So viel rielerte er nur zu sagen, daß das geschäftliche Ergebnis des Auslandsabsetzes infolge der krisenhaften Lage der Absatzländer und der Boykottbestrebungen, der Valutenentwertung und der Kriegswirren nicht zu übersehen sei. Diese diskrete Andeutung war Schweigen Nummer 1. Weitere Gründe für den Dividendenanfall anzuführen, meinte er, verbiete das Geschäftsinteresse, vielleicht auch das Gesamtinteresse der deutschen Filmwirtschaft. Das Schweigen Nummer 2. Nicht reden, sondern schweigen ließ er sich, als er den Antrag der Opposition auf ziffernmäßige Angabe über den Rückgang des Auslandsabsetzes ablehnte. Damit schwieg er zum dritten Mal. Das ist eine Verschwiegenheit, die an Geschwätzigkeit grenzt. Das plakatierte Nichtredenwollen verrät mehr, als Reden offenbaren könnte. Die Flüsterpropaganda kann von Hugenberg lernen.

Deutsche Streiflichter

Aufschwung

Lauscha in Thüringen und die Gebirgsdörfer in seiner Umgebung sind Hauptgebiete der Glasschmuck- und der Spielwarenherstellung. Pirmasens in der Pfalz ist die Hochburg der deutschen Schuhindustrie. Also zwei denkbar verschiedene Produktionszweige. Gemeinsam ist ihnen nur, daß es ihnen trotz aller Roden und Aufsätze über deutschen Wirtschaftsaufschwung miserabel schlecht geht. Die Lauschaer haben kein Geld, um Schuhe anzuschaffen, und die Pirmasenser Schuharbeiter, die bis vor einigen Jahren ganz gut verdienten, können ihren Kindern kaum noch das tägliche Brot, geschweige denn Spielwaren kaufen. Die Folge ist, daß die Preise in Pirmasens in der Weihnachtssaison von Tauschangeboten wimmelte. Viele Glasbläser und Spielwarenfabrikanten aus Thüringen offerierten ihre Artikel im Tausch gegen Herren- und Damenschuhe, auch gegen SA-Stiefel oder ganz einfach »gegen alles Nützliche«. Diese Tauschrate waren so zahlreich, daß sie sogar die Zahl der Ankündigung von Zwangsversteigerungen überstiegen. Die Zensur wird sich auch des Anzeigenteils der Zeitungen etwas annehmen müssen.

Marxistische Archive im Dritten Reich

Viele Emigranten trauern ihren Privatbibliotheken und den großen Bibliotheken der Arbeiterbewegung nach. Was alles an vielleicht Unersetzbarem der Zerstörungswut des nationalsozialistischen Analphabetentums zum Opfer gefallen ist, wissen wir nicht. Ein wohlunterrichteter Freund vermittelt uns aber einen Blick der Hoffnung in die Zukunft. Er weiß genau, daß der alte bürokratische Ordnungssinn viele Bücher und Akten, die beschlagnahmt worden sind, sicher und gut aufbewahrt, wenn auch später nur noch schwer festzustellen sein werde, wenn die einzelnen Schriften gehörten. Vorhanden seien aber viele, viele Zentner. Derselbe Freund hatte in mehreren Landesteilen Einblick in nationalsozialistische Parteiarhive, die sich noch in vollem Aufbau befinden. Diese Sammlungen enthalten mancherlei tendenziösen Unfug. So z. B. Revolver, Pistolen, Dolche, Schlagringe, Knüttel, mit denen irgendwelche nationalsozialistische Horst Wessel angeblich von Marxisten behandelt worden sein sollen. Jedes Stück ist mit genauen Angaben versehen. Viel wichtiger als diese Mache ist nach den zuverlässigen Mitteilungen unseres Gewährmannes die marxistische Dokumenten-Sammlung. Er sah viele alte literarische Bekannte wohlgeordnet wieder: Die Neue Zeit und die Gesellschaft. Die Gemeinde und die Arbeit, Die sozialdemokratische Parteikorespondenz und die Gewerksin, Bände von Partei- und Gewerkschaftszeitungen, das Tagebuch und die Weltbühne. Es machte auf ihn den Eindruck, als habe man die Schriften aus den Büros der Partei und der Gewerkschaften »gewissenshaft« in die Parteiarhive der Nazis geschafft. Auch kommunistische und bürgerliche Parteiliteratur war zu sehen. Mit besonderem Stolz zeigte ein Archivbeamter unserem Freunde allerlei »Eroberungen«, das heißt Ergebnisse von Plünderungen in den Privatwohnungen sozialistischer Funktionäre: Fahnen, Abzeichen, Eintrittskarten, Plakate, Photographien, die zum Teil in Glaskästen geordnet und aufbewahrt werden sollen. Unser Freund schließt seinen Brief: »Der Naziarchivar, übrigens ein ganz zivilisiertes und umgängliches Männchen, hat sicher nicht geahnt, was ich dachte, als ich zum Abschied mit einem Blick nicht auf ihn sondern auf die Bücher und Fahnen sagte: Auf Wiedersehen!«

Ein lehrreiches Beispiel

Wenn die deutsche Presse nicht gerade den Befehl erhält, gegen Frankreich wegen Verletzung des Locarno-Vertrages zu hetzen, so gibt sie sich alle Mühe, um die Seele des französischen Volkes zu werben. Nichts liegt da den Nazis mehr am Herzen als die deutsch-französische Verständigung. Frontkämpferbesuche sind notwendig. Studenten- und Schüleraustausch wird verlangt, damit die beiden Völker sich kennen lernen. Nun, einem rheinischen Eisenbahnbeamten, der mit einer Frau aus altelbassischer Familie verheiratet ist und bis zum Kriegsende im Elsaß Dienst tat, ist sein Vertrauen in die nationalsozialistische Verständigungsparolen schlecht bekommen. Er hat seinen Sohn im Jahre 1929 (!) von der Oberrealschule in Köln genommen, hat ihn dann in das Lyzeum in Nancy, von da auf eine Sprachschule auf London und dann wieder nach Nancy in eine private Handelsschule geschickt. Wie man zugeben wird, für einen jungen Menschen, der sich dem Kaufmannberuf widmen will, eine sehr zweckmäßige Ausbildung. Nun kamen aber nach Jahr und

Tag die nationalsozialistischen deutsch-französischen Verständigungsfreunde dahinter. Erfolg: der Eisenbahnbeamte wurde nach jahrzehntelanger makelloser Dienstleistung fristlos entlassen. Der Reichsdienstplinarhof hat die Entlassung in einem Urteil gebilligt. Die entscheidenden Sätze lauten:

»Das Verhalten des Angeklagten ist nicht zu billigen. Es kann auch keineswegs durch rein wirtschaftliche Rücksichten wie sie der Angeklagte im Hinblick auf das spätere Fortkommen seines Sohnes vorgebracht hat, gerechtfertigt werden. Ebenso wenig ist es auf Unüberlegtheit des Angeschuldigten zurückzuführen. Wäre sich der Angeklagte der Verantwortlichkeit seines Verhaltens gegenüber dem Kinde, das seinem Volke entfremdet wird, nicht bewußt gewesen, so mußte er zur vollen Erkenntnis kommen, als die Einleitung des Dienststrafverfahrens ihm die ernste Bedeutung der Vorgänge vor Augen führte. Er hat aber trotzdem den Sohn im Auslande belassen und will, daß der Zustand noch durch längere Zeit, nämlich bis zum Abschluß der Ausbildung seines Sohnes, andauern soll. Dem Angeschuldigten fehlt hiernach jedes Gefühl dafür, daß er Deutscher ist, und er hat gar nicht den Wunsch, sein Kind zu einem Mitgliede der deutschen Volksgemeinschaft werden zu lassen. Das aber ist eines deutschen Beamten so unwürdig, daß der Angeschuldigte für eine Besamstellung nicht mehr in Betracht kommen kann. Somit ist er zu Recht aus dem Dienst zu entlassen.«

(Entsch. des Reichsdienstplinarhofes E 176/34)

Der Fahnenjunker und die Gemeinen

Jeden Tag erzählt uns die nationalsozialistische Presse, die deutsche Wehrmacht sei das »Heer der nationalsozialistischen Revolution«, und es habe vollbracht, was dem Kaiserreich nicht gelungen sei: die Eingliederung des vierten Standes in die Nation!

Die Eingliederung bedeutet aber im Betrieb und im Heer genau wie früher nur die Einordnung unter die Mannschaften, während die Offiziersposten im Heere so gut wie in der Wirtschaft den mittleren und oberen Schichten überlassen bleiben. Nach den jetzt erlassenen Bestimmungen über die Offizierslaufbahn ist für die Einstellung als Fahnenjunker der Besitz eines Reifezeugnisses einer Vollanstalt Voraussetzung. Der Abiturient einer höheren Lehranstalt oder der Absolvent einer Kadettenanstalt sind also die unbedingte Regel für den Offiziersnachwuchs. Die Möglichkeit eines Aufstiegs aus dem Mannschafstande wird in den Bestimmungen als eine ganz seltene Ausnahme behandelt, wenn solche Soldaten »sich ihrer Persönlichkeit, ihrer militärischen Veranlagung und ihren dienstlichen Leistungen nach so überragend aus der Masse ihrer Kameraden herausheben, daß sie die Gewähr bieten, in jeder Hinsicht vollwertige Offiziere zu werden.« Uebrigens ist auch dann eine besondere »psychologische Prüfung« erforderlich.

Der Marschallstab steckt also nach wie vor im Tornister des Fahnenjunkers und nicht im Affen des Muskoten. Wenn selbst ein Gemeiner wie Adolf Hitler, der dutzendweise die Franzosen und Engländer als Gefangene einlieferte, nur bis zum Gefreiten konnte, wie »überragend« wird dann ein Soldat sein müssen, der als Leutnant die erste Stufe zur Göttlichkeit bestiegen darf.

Die goldene Kette

Der Olympia-Waffenstillstand zwischen katholischer Kirche und Reichsregierung hat Aussicht zu stande zu kommen. Die außerordentliche Bischofskonferenz in Fulda hat über katholische Ehe und Jugenderziehung zwar recht feste Worte gefunden, aber sie waren eingebettet in versöhnende Sätze an den Staat und sogar an »die Partei«, die damit zum ersten Male in einem Hirtenbriefe schlechthin als »die Partei« anerkannt worden ist. Staat und Partei wollen demnach den Konkordatsfrieden. Nur böse und undisciplinierte Buben verletzen in den »Organen« des Staates und der Partei die Konkordatspflichtigen. Selbstverständlich sagen das die Bischöfe höflicher.

Der Hirtenbrief setzt die Bemühungen um einen Waffenstillstand, die seit einiger Zeit von Köln und Berlin her betrieben werden, fort. Die Wahrheit gebietet die Feststellung, daß bei der dauernd zurückweichenden Taktik des Episkopates sehr materielle Erwägungen ganz entscheidend mitspielen. Man fürchtet durch eine klare Trennung von Staat und Kirche die Staatszuschüsse zu verlieren. Das sagen auch viele Katholiken im Reich ganz offen, und sie fügen hinzu: ist die Trennung erst einmal vollzogen, so bleibt sie, auch wenn Hitler gestürzt ist. Die Bischöfe rechnen — nach der Meinung dieser Katholiken — mit weittragenden Änderungen im deutschen Staatsleben in absehbarer Zeit und wollen Entscheidungen vermeiden, die als Präzedenz für alle Zeiten gelten. Die Bischöfe

hoffen zunächst einmal für das Olympiajahr die Verfolgungen und die finanzielle Verwüstung der Klostervermögen durch die Devisenprozesse aufhalten zu können. Nicht nur die Bischöfe, sondern auch Freunde der Kirche in der hohen Bürokratie glauben, daß nachher im Spätjahr 1936, wenn das alte Ringen wieder beginnen sollte, Hitler noch mehr Gründe haben könnte als jetzt, ein Einlenken zu suchen.

Mord und Sterilisation

Ueber zwei neue Todesfälle, die durch zwangswise Sterilisation herbeigeführt wurden, wird uns aus Baden berichtet. In dem ersten Fall, handelt es sich um ein schwach-sinniges junges Mädchen, das in einem badischen Städtchen bei seiner Mutter wohnte. Plötzlich erschien Polizei und holte das Mädchen zur Sterilisation ab. Die Operation wurde auf der Heidelberger Universitätsklinik ausgeführt und endete tödlich. Nach sechs Tagen bekam die Mutter ihr Kind als Leiche zurück.

Noch ungeheuerlicher ist der zweite Fall. Die Frau eines Arbeiters in der Umgebung von Mannheim, Mutter von drei Kindern, litt an epileptischen Anfällen leichter Art, sie blieb mit diesen Leiden ein brauchbarer und nützlicher Mensch. Darum lehnten sie und ihr Mann auch die empfohlene Operation ab. Eines Tages kam der Mann von der Arbeit nach Hause und fand seine Frau nicht wieder. Sie war gewaltsam nach Heidelberg gebracht worden, um sterilisiert zu werden. Auch sie wurde ihren Angehörigen als Leiche zurückgegeben.

An dem Begräbnis beteiligte sich die ganze Bevölkerung des Ortes. Es war eine stumme Demonstration gegen die mörderische Staatsdespotie des Dritten Reiches.

Saubere Verwaltung

Erlaubnis zur Errichtung neuer Geschäfte wird im Dritten Reich nur äußerst sparsam erteilt. Deshalb waren auch die Geschäftsinhaber in Berlin-Nikolassee nicht wenig erstaunt, als der Nazibürgermeister von Zehlendorf, Pg. Helfenstein, eines Tages ohne viel Federlesens die Eröffnung eines neuen Piescherladens in dem zu seinem Bezirk gehörigen Nikolassee zuließ, obgleich andere Gesuche derselben Art vorher abgelehnt worden waren. Ein im Orte wohnender Kaufmann verfaß, daß Hitlers Untertanen zu schweigen haben, beschwerte sich schriftlich beim Bürgermeister Helfenstein und fragte an, ob die Bewilligung vielleicht damit zusammenhänge, daß die betreffende Firma und der Hauswirt eine größere Spende für das geplante Ehrenmal des Bezirks gegeben hätten. Persönlich »zur Verantwortung gezogen« lehnte der unbequeme Beschwerdeführer die Zurücknahme seiner Anfrage ab. Er wurde jetzt vom Amtsgericht Berlin wegen »Beleidigung und übler Nachrede« zu einer Geldstrafe von 200 Mark oder zwanzig Tagen Haft verurteilt. Auf eine Antwort aber wartet er heute noch, und daß die beiden Schoßkinder des braunen Bürgermeisters kurz vor der Bewilligung ihres Gesuches eine namhafte Spende geleistet haben, ist von keiner Seite bestritten worden.

Dänemark ist zufrieden!

Plötzliche Erkenntnis im Dritten Reich.

In dieser Zeit, in der die tollsten Dinge passieren, kann es sogar vorkommen, daß sich die Wahrheit in den »Völkischen Beobachtern« verirrt! Dies geschah vor einigen Tagen, als das nazistische Zentralorgan einen Aufsatz über Dänemark i. J. 1935 veröffentlichte. Darin wurde festgestellt, daß die sozialdemokratische Regierung dieses Landes mit den anderen sozialdemokratischen Regierungen Schweden-Norwegen die bisherige enge Führung beibehalten hat. Auch von der Völkerbundspolitik wollte die sozialdemokratische Regierung trotz angeblicher schlechter Erfahrungen nicht abgehen. Und dann heißt es wörtlich weiter:

»Man hofft, daß die Wirtschaftsverhältnisse auch ohnedies in den bisherigen Gleisen gehalten werden können; man ist ja davon überzeugt, daß die Wirtschaft die Politik bestimmt und urteilt daher entsprechend dieser Anschauung.«

Auch in weitesten Kreisen der dänischen Nation ist eine derartige Einstellung zu erkennen; die letzten Wahlergebnisse vom Oktober 1935 legen hiervon Zeugnis ab. Die überwiegende Mehrheit ist mit der heutigen Lage zufrieden, — man will sie daher nicht stören und mancher konservative Wähler hat sicherlich seine Stimme für den sozialdemokratischen Staatsminister abgegeben, weil unter seiner Führung das dänische Wirtschaftsleben eine im Verhältnis zu vielen anderen Ländern günstige Entwicklung genommen hat.«

Das Volk hungert

Die Ausweise über den deutschen Außenhandel im November und Dezember zeigen einige interessante Veränderungen, die in der Einfuhr durch den Lebensmittelmangel bedingt werden. Die Einfuhr ist im November insgesamt um 10 Millionen RM gegenüber dem Vormonat gestiegen. Während seit Beginn dieses Jahres die Einfuhr sonst stets hinter dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats zurückgeblieben war, übertrifft sie diesmal die Novembereinfuhr 1934. Im Dezember ist die Einfuhr noch weiter auf 373 Millionen RM (im November: 346) oder um annähernd 8 Prozent gestiegen. Sie hat damit, abgesehen vom Januar, im Vergleich zu allen übrigen Monaten des Jahres einen Höchststand erreicht. Nun haben sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres auf dem Weltmarkt die Preise der Rohstoffe und der Halbfabrikate erhöht. Die Preiserhöhung für den wichtigsten Teil der deutschen Einfuhr bedeutet also, daß von einer Zunahme der Einfuhrmenge insgesamt kaum die Rede sein kann. Die Gesamtversorgung der deutschen Wirtschaft bleibt also außerordentlich knapp. Immerhin muß das Regime die Einfuhr des Lebensmittelbedarfes dauernd steigern. So ist bereits im November die Einfuhr von lebenden Tieren, die beinahe schon aufgehört hatte, um 2,2 Millionen, und die Einfuhr von Lebensmitteln um 9,8 Millionen, zusammen also um 12 Millionen RM erhöht worden. Die Erhöhung der Lebensmittelbezüge, die sich trotzdem im ganzen ergab, ist zu etwa einem Drittel durch Einschränkung der Rohstoffeinfuhr ausgeglichen worden.

Der Dezember zeigt einen neuen Einfuhrzuwachs von Vieh und von Lebensmitteln um rund 15 Millionen. Diese Mehreinfuhr von Lebensmitteln mußte nun, da die Exportsteigerung trotz der Milliarden-subsidientation aus dem Dumpingfonds unbedeutend bleibt, durch die Einschränkung der Einfuhr anderer Rohstoffe zum größten Teil ausgeglichen werden. Und das zeigt sehr deutlich, wie unelastisch die ganze deutsche Außenhandelswirtschaft geworden ist, wie ein Loch hier nur zugestopft werden kann. Und trotzdem ist der Ausgleich durch die Manipulierung der Einfuhr nicht völlig gelungen. Denn die Reichsbankausweise vom 15. Dezember 1935 und vom 16. Januar 1936 zeigen eine Verminderung des Gold- und Devisenbestandes von zusammen rund 12 Millionen RM, die für die Lebensmitteleinfuhr zur Verfügung gestellt werden mußten.

Deshalb ist es der Reichsbank auch nicht gelungen, ihren Goldbestand trotz der Einstellung der Schuldentilgungen und trotz des Eingehens neuer Warenausgaben im Laufe des Jahres 1935 zu erhöhen. Im Gegenteil, der Ausweis vom 15. Januar weist mit einem Goldbestand von 76,536 Millionen noch einen Verlust gegen den vom 15. Januar 1935 ausgewiesenen Bestand von 79.156 Millionen RM aus.

Für das ganze Jahr 1935 belief sich die Einfuhr auf 4159 (im Vorjahr 4451) Millionen RM, die Ausfuhr auf 4270 (4167) Millionen RM. Das ergibt einen Ausfuhrüberschuß von 111 Millionen RM gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 284 Millionen RM im Jahre 1934. Diese Aktivierung beruht vorwiegend auf dem Rückgang der Einfuhr von 292 Millionen RM oder 7 Prozent, während 1934 noch eine Steigerung der Einfuhr um 247 Millionen gebracht hatte. Die Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln wird immer schwieriger. Denn die Steigerung der Ausfuhr um 103 Millionen oder 2,5 Prozent ist völlig ungenügend, umso mehr, wenn man die außerordentlichen Subventionen in Betracht zieht, die dafür aus der Substanz der deutschen Wirtschaft aufgewendet worden sind. Und im Jahre 1929 betrug die Einfuhr mit 13,452 Milliarden RM und die Ausfuhr mit 13,488 Milliarden mehr als das Dreifache!

So geht aus der Gestaltung der Handelsbilanz mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Möglichkeiten einer Beschränkung der Ernährungs- und Rohstoffgrundlage außerordentlich gering sind, wenigstens so lange man nicht die Handelspolitik radikal umstellt und auf die Lebensmittelaufklärung in weitem Umfang verzichtet. Unterdessen nimmt aber der Druck immer mehr zu und die Besorgnisse scheinen auch in den herrschenden Kreisen immer größer zu

werden. Hatte man noch im September zuversichtlich verkündet, daß die Butter- und Fettknappheit in kürzester Zeit behoben sein würde, hatte das Deutsche Nachrichtenbüro am 1. Oktober offiziell mitgeteilt, daß die Versorgung mit Margarine sichergestellt und die Reichsstelle für Fette in genügendem Umfang Butter und Schmalz zur Verteilung bringen werde, so werden jetzt die Termine in den offiziellen Verlautbarungen immer weiter hinausgeschoben. Die Optimisten vertrösten auf das Frühjahr, wo die Versorgung mit Grünfütter erhöhte Milchzufuhren gestatten werde. Aber auf einem Kreisbauerntag in Weimar führte der Reichsobmann, Staatsrat Meinberg, ein maßgebender Mann des Reichsnährstandes, aus, daß die Steigerung der Erzeugung nach einem festgelegten Plan betrieben werde. Dieser Plan erstreckte sich auf sieben bis acht Jahre. Das bedeute für die Gegenwart große Schwierigkeiten. Aber Herrn Meinberg macht das nichts aus. Denn »wenn ein Volk im Begriffe stehe, die Grundlage für eine zweitausendjährige Geschichte zu legen, so müsse es eben alle Kräfte zusammennehmen, um diese Aufgabe zu lösen.«

Vorläufig sieht man nur die Zunahme der Schwierigkeiten und noch keinen Ansatz zu ihrer Lösung. Und daran wird sicher am wenigsten geändert, wenn man für einige Zeit die eingeführten Buttermengen nach einigen Großstädten dirigiert und so der Bevölkerung ein Aufhören der Butterknappheit vorzutäuschen sucht. Denn es bleibt bei lauter einzelnen Maßnahmen. Das Festpreissystem wird immer mehr ausgedehnt, neuerdings z. B. auch für einzelne Großstädte auf Gänsefleisch. Gegen die Ueberschreitung der Preise und gegen die unaufhaltsame Ausdehnung des Schleichhandels erfolgen immer neue Drohungen. Die Verhaftungen, Anprangerungen und Einweisungen ins Konzentrationslager nehmen überhand, nur daß dadurch die Kühe noch um keinen Liter mehr Milch geben oder die Hühner ein einziges Ei mehr legen. Also verbietet man die Herstellung von Vollfettkäse und läßt nur noch Halbfett- und Magerkäse zu, um dadurch mehr Milch für Butter zur Verfügung zu haben. Bei den Eiern verzichtet man überhaupt darauf, der Bevölkerung im Winter frische Eier zu liefern. Die Massen sollen, meinte kürzlich der Generalinspektor des Reichsnährstandes, Karl Vetter, im Winter zu dem billigen Kühlhausei greifen, denn sie könnten keine 13 oder 14 Pfennig für das Frischei bezahlen. »Das frische Ei werde in den Herbst- und Wintermonaten nicht mehr als Volksnahrungsmittel, sondern eher als ein Genußmittel anzusprechen sein«. Die Verwandlung von Volksnahrungsmitteln in Luxusgüter kann in der Tat als Inhalt der nationalsozialistischen Ernährungspolitik bezeichnet werden.

Die Hauptsache aber scheint augenblicklich die Entwicklung des Rindfleischmarktes zu bilden. Die Bevölkerung wird allmählich auf schlimme

Zeiten vorbereitet. So erfahren wir jetzt, daß im Vorjahr der Kälberstand um fast 20 Prozent (330.000 Stück) und der Rinderbestand (ohne Kühe) um 1,3 Prozent zurückgegangen ist. In diesem Jahre hat der Bestand erneut beträchtliche Einbußen erfahren, obwohl die Witterung nicht wieder Anlaß zu so zahlreichen Not-schlachtungen gegeben hat wie im Vorjahr. In der »N. S. Landpost« wird konstatiert, daß der Rinderbestand in diesem Jahre einen Ausfall von einer Million Rindern zu verzeichnen hat. Die Kälbererzeugung, die zum Ersatz der vorjährigen Bestandverluste hätte gesteigert werden müssen, ist infolge der von der nationalsozialistischen Agrarpolitik herbeigeführten Futtermittelteuerung nochmals eingeschränkt worden. Die Kälberschlachtungen haben den im Vorjahr erreichten ungewöhnlich hohen Stand beibehalten, und auch die Rinder-, insbesondere die Kuh-schlachtungen, haben weiter zugenommen. Schuld an der mangelnden Kälberaufzucht trägt die unsinnige Preispolitik des Reichsnährstandes. Die Kälberpreise haben sich von Juli 1934 bis heute verdoppelt. Infolgedessen wurden in den beiden letzten Jahren über 60 Prozent statt der üblichen 50 Prozent Kälber geschlachtet. Auch die Steigerung der Milchpreise veranlaßte die Bauern, durch Abstoßung der Kälber die zur Aufzucht nötige Milch zu sparen.

Im Jahre 1933 betrug der Rinderbestand noch über 18 Millionen Stück. Er ist jetzt auf etwa 16,8 Millionen zurückgegangen. Nun bedeuteten schon die 18 Millionen nur eine knappe Deckung des Bedarfs. Jetzt fehlen am notwendigen Bestand aber mindestens 10 Prozent. In den nächsten Jahren müßten deshalb viel mehr Kälber, Junggrinder und Kühe aufgezogen werden als bisher. Für die nächsten drei Jahre ist also mit einem erheblichem Mangel an Rindfleisch zu rechnen, falls auch nur der Bestand von 1933 wieder erreicht werden soll. Man erwägt bereits neue Zwangseingriffe, Kälberschlachtverbote und Ähnliches. Aber solche Maßnahmen müssen zu neuen Steigerungen der Fleischpreise führen, wenn man den Bauern einen Ersatz für den geringeren Absatz gewähren will. Will man dagegen die Preise halten, so wird man nie erreichen, daß die Bauern die Kälber bei den hohen Futtermittelpreisen auch wirklich aufziehen. Weit entfernt davon, die Landwirtschaft zu sanieren, führt die Darrésche Preispolitik zu ihrer immer weiteren Zerrüttung.

Der Bankrott dieser Politik ist offenbar. Aber das deutsche Volk ist der Freiheit beraubt, ihre Aenderung durchzusetzen. Erst wenn es erkannt haben wird, daß es sein Schicksal selbst bestimmen muß, statt es in die Hand einiger Despoten zu legen, erst dann also, wenn es die verlorene politische Freiheit sich zurückerobert haben wird, kann die deutsche Not ein Ende nehmen.

Dr. Richard Kern.

Sie zerstören die Reichsbahn

Die Folgen der nationalsozialistischen Bankrottspolitik

Die Beeinflussung der Konjunktur durch Vorwegnahme von Aufträgen öffentlicher Unternehmungen, die für eine spätere Zeit geplant waren, ist keine nationalsozialistische Erfindung. Dieses Mittel der Konjunkturpolitik ist schon vor Hitler angewendet worden, damals nur mit weniger Geräusch und reklamatorischer Selbstbeweihräucherung. Diese Art Arbeitsbeschaffung des Dritten Reiches hat die Verschuldung der öffentlichen Hand ungeheuer vermehrt, und man mußte den Eindruck haben, daß die riesenhaften Ausgaben wenigstens zu einer Steigerung der produktiven Leistungsfähigkeit reichseigener Unternehmungen geführt hat.

Der Reichs- und preußische Verkehrsminister hat in der Rede, in der er die Erhöhung der Gütertarife begründete, erstaunlicherweise verkündet, es sei auf die Dauer »unmöglich, die Unterhaltung und Erneuerung der festen Anlagen und der Fahrzeuge so weit zurückzustellen, wie es in den letzten Jahren geschehen mußte«. »Die Rückstände stauen sich, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird, derart an, daß die Mittel zu ihrer Aufholung kaum noch aufzubringen sein werden.«

Und im Wochenbericht des Instituts für

Konjunkturforschung vom 8. Januar wird zur Finanzlage der deutschen Reichsbahn mitgeteilt, die für die notwendigen Erneuerungen in normalem Umfang »ausgeworfenen Beträge sind heute kaum höher als in den Jahren des wirtschaftlichen Tiefstandes. So erfahren wir, daß nicht einmal für die Ausführung der notwendigen Reparaturen gesorgt wird. Das Jahr des Tiefstandes war 1932, das letzte Jahr vor Hitler. Seit dem Ende der Inflation waren für Erneuerung der bestehenden Anlagen bis 1931, also bis zum Ausbruch der Krise, niemals weniger, zumeist mehr als 600 Millionen Mark jährlich ausgegeben worden. 1931 waren es noch fast 500 Millionen, 1932 406 Millionen. In den beiden ersten Hitlerjahren waren die Erneuerungsausgaben nur ganz unbedeutend höher als im schlimmsten Krisenjahr 1932, sie betragen 1933 408, 1934 427 Millionen und werden im laufenden Geschäftsjahr kaum höher sein.

Die Errichtung von neuen Anlagen ging also auf Kosten von Erneuerung und Reparatur der alten. Dennoch bleiben sie hinter den Neuinvestitionen des schon krisenbeschwerten Jahres 1930 und noch viel weiter hinter den Konjunkturjahren der Republik zurück. 1933 betrug der Anlagezuwachs 165, 1934

253 Millionen. 1927 waren es 525, 1930 noch 222, also nicht viel weniger als im zweiten Jahre des nationalsozialistischen »Aufschwungs«. Aber zu den Investitionsausgaben gehört nicht nur der Aufwand für die Anlagen selbst, sondern auch die Abschreibungen, d. h. die finanziellen Reserven für ihren Ersatz. Sie sind in den letzten elf Jahren niemals so vernachlässigt worden wie in der Zeit des Dritten Reiches. Sie betragen 1930 404, 1932 433 Millionen, sanken 1933 trotz gesteigerter Investitionen auf 164 und belaufen sich 1934 auf nicht mehr als 178 Millionen, also 40 Prozent vom Jahre des Tiefstandes 1932. Der Anlagezuwachs ist durch Verschleiß der alten Anlagen und auf Kosten der Anlagetätigkeit künftiger Jahre von der Reichsbahn erkaufte worden, also durch Verzehr ihrer Substanz.

Rechnet man Neuanlagen, Ersatz und Abschreibungen zusammen, so ergibt sich, daß in den letzten elf Jahren von der Reichsbahn niemals so wenig zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit aufgewendet worden ist wie unter Hitler.

Es waren 1931 noch mehr als 1200, 1932 noch fast 900, 1934 nicht mehr als 860 Millionen Mark. Die Investitionen erreichten im zweiten Hitlerjahr nur 55 Prozent der Aufwendungen von 1927. In dieser Zeit sind aber die Bankguthaben der Reichsbank aufgezehrt, die Rücklagen nach Angabe des »Deutschen Volkswirt« so gut wie vollständig aufgebraucht und die Schulden auf das Doppelte des Standes von 1932, von 950 auf 1800 Millionen Mark angeschwollen. Sie betragen damals knapp ein Drittel, sie betragen heute mehr als die Hälfte der jährlichen Bruttoeinnahmen. Die mit so viel Reklame ins Werk gesetzte Arbeitsbeschaffung bleibt also an produktivem Erfolg weit hinter der Republik zurück. Sie zehrt am nationalen Kapital und verschwendet es für unproduktive Ausgaben.

Aus »Wirtschaft und Statistik« (1. Dezember-Heft) erfährt man auch das staunenswerte Ergebnis der Arbeitsbeschaffung der Reichspost. 1929 sind 169 Millionen für Neuanlagen und 197 Millionen für Ersatz und Erhaltung der bestehenden Anlagen aufgewendet worden, 1931 noch 21 Millionen für Neuanlagen und 183 Millionen für Erhaltung der alten. Weder im ersten noch im zweiten Hitlerjahr sind Neuanlagen überhaupt geschaffen worden. Der Gesamtaufwand für Investitionen betrug 1933 93 Millionen, also 54 Prozent, 1934 126 Millionen, also 67 Prozent vom Jahre 1931, das bereits in die Krise fiel. In beiden Hitlerjahren ruhte die Neubaufähigkeit ganz, während die Erneuerungsausgaben hinter den Erneuerungswendigkeiten 1933 um 88, 1934 um 55 Millionen zurückblieben. Es wurde also nicht einmal der normale Verschleiß ersetzt. Aber während in der Zeit des Schmachtsystems die Investitionen aus den Einnahmen bezahlt wurden, sind sie unter Hitler zu 120 Millionen mit Steuergutscheinen, also vom Reich, und zu 77 Millionen mit Wechselkrediten, also zu 90 Prozent mit fremden Geldern finanziert worden.

Die beiden größten Unternehmungen des Reiches sind also gezwungen worden, ihre Geschäfte wie ein betrügerischer Bankrotteur zu betreiben, der Schulden macht und sein Eigentum verfallen läßt um sinnloser Verschwendung willen! G. A. Frey.

Mehr Kontrolle!

Wilhelm Stapel bedauert in seinem »Deutschen Volkstum«, daß der Rundfunkredner über seine Hörer nicht Bescheid wisse. Er fragt die Erfinder, ob sich nicht z. B. im Senderraum eine riesige Tafel anbringen ließe, mit deren Hilfe das Publikum kontrolliert werden könnte. »Sobald ein Rundfunkhörer seinen Empfänger einstellt«, so heißt es wörtlich, »glüht an der Tafel ein Spitzchen, Blättchen oder Pünktchen auf, sobald er ihn abstellt, erlischt das Glühpünktchen.« Dies wäre, so meint der hinterlistige Meckerer, »eine gute Erziehung für Redner, Dichter, Spieler usw.« — Daß die offiziellen Parteschwadroniere auf diese Weise während der Sendung im Dunkeln säßen, ist selbstverständlich. Aber gerade darum bedarf Stapels Befehl an die Erfinder einer Ergänzung: die Glühpünktchen müßten mit Ort, Straße, Hausnummer und Stockwerk bezeichnet sein. Dann erst wäre der Staat wirklich total und die Gestapo hätte goldene Zeiten.

Tüchtige Journalisten

Aus dem »Stürmer«:

»Lord Reading war zwar Rassejude, haßte aber die Juden wie die Pest. Wenn er sie sah, riß er vor ihnen aus, weil ihm bei ihrem Anblick speißel wurde. Er kannte sie...«

Er riß so weit vor den Juden aus, daß er bis nach Palästina kam, um dort als leidenschaftlicher Zionist seinem Haß gegen die Juden zu fröhnen.

Zur Rechtsphilosophie des Nationalsozialismus

Die Rechtsphilosophie des nationalsozialistischen Faschismus ist in seinen drei Hauptschlagworten enthalten: totalitärer Staat, Volksgemeinschaft, Rassenprinzip. In kritizistische Sprache übersetzt, bedeutet der totalitäre Staat das Prinzip der Despotie, die durch die Volksgemeinschaft- und Führer-Mystik zum despotischen Messianismus wird. Als »Rassismus« ist diese Art von Religiosität nur scheinbar Naturalismus, in Wahrheit gesteigerte und pseudo-wissenschaftliche getarnte Romantik. Massentaumel, Führer-Messianismus und der neue Islam der auserwählten Rasse sind indes nur die Formen, in denen sich ein totaler Militärstaat gegen antimilitaristische Opposition schützen will, die ihm als technisches Hindernis für einen Krieg auf der Basis der Total-Mobilisierung erscheint. Die Diktatur des Ein-Parteienstaates, der Glaube an den Führer-Heiland als unfehlbare Verkörperung des Volkes, die metaphysische Gewißheit zur auserwählten Rasse zu gehören und ihre welthistorische Mission zu erfüllen, — es sind Mittel, dem neuen Militarismus die unerschütterliche Basis zu geben, die der frühere gegenüber den antimilitaristischen Revolutionen in der Weltkriegsperiode nicht besaß. Journalistisch-agitatorische Kräfte haben die Faschismen geschaffen, indem sie den militaristisch-imperialistischen Mächten die Grundlage einer breiten Massenbewegung zu geben wußten. Die repräsentativen und aggressiven Träger des ersten Weltkrieges: Militär-Monarchien und Obrigkeitstaaten suchte man durch totale Militär-Volksstaaten als Typen eines kommenden Weltkrieges zu ersetzen.

Die Kennzeichnung des totalitären Dritten Reiches als Despotie ist nicht nur ein Schlagwort von uns Antifaschisten. Man ist berechtigt, im präzisen Sinne des Wortes von Despotie zu sprechen, wo folgende Merkmale erfüllt sind: Mechanisierung des gesellschaftlichen Lebens durch eine starre Staats-Autorität, der Ausnahmezustand in Permanenz, Aufheben der Bindung der Befehlenden an die von ihnen selbst erlassenen Normen, Ausrottung der Grundrechte der Individuen. Im Faschismus gibt es nur gleichgeschaltetes gesellschaftliches Leben, auf die Spannungen und Wechselströme, die sich aus kräftigem Eigenleben erzeugen, hat man verzichtet. Die Differenzierungen, die jedes höher entwickelte soziale Leben kennt, in Staat und Gesellschaft, Exekutive und Legislative, Rechte und Linke, Staat und Kirche, Staat und Partei, Recht und Macht werden in einem primitiven Unitarismus niedergewalzt, der keinerlei Vielheit und gewiß nichts »organisch Gewachsenes« mehr kennt. So ist dieses Merkmal der Despotie erfüllt. Dasselbe läßt sich von den anderen zeigen.

Als Carl Schmitt noch ein kritischer Denker war, konnte man sich des Gedankenblitzes freuen, mit dem er den Souverän als denjenigen definierte, »der über den Ausnahme-Zustand zu verfügen imstande ist.« Seit er sich in seinen eigenen Voluntarismus immer mehr verliebte, ist dieser Staatsphilosoph des Dritten Reiches zum Ideologen des permanenten Ausnahmezustandes geworden. Und dabei ist sozusagen der Witz verloren gegangen und das Salz dumm geworden. Die Despotie bindet sich ferner nicht einmal an ihre eigenen Normen: man kennt die ganze Launenhaftigkeit des nationalsozialistischen Gesetzeswerkes und der Verwaltungspraxis. Man weiß, wie der Nationalsozialismus die elastischen Formeln liebt — aber nicht die zugunsten der Rechts-Unterstellten, sondern jene anderen, durch die man sie unter ständiger Bedrohung und Schikane halten kann. Daß bei der grundstürzenden Aenderung in der Lage der Juden kein jüdisches Minoritätenrecht geschaffen wurde, um der Willkür und der Bedrohung Spielraum zu lassen, ist hierfür ein charakteristisches Beispiel, aber nicht das einzige. Und was schließlich die Grundrechte angeht, so lebt ja der Faschismus von ihrer Vernichtung. Denn jene »droits de l'homme et du citoyen« sind das Sinnbild der reinen Idee des Liberalismus, die über alle ihre durch Klassenkampf getriebenen Verwirklichungen in der Geschichte hinaus mit

der Idee des Rechtsstaates selbstidentisch ist.

Der Faschismus kann sich als wahrer Sozialismus und selbst als wahre Demokratie zu tarnen suchen. Den Liberalismus aber will er mit Stumpf und Stiel ausrotten. Soziologisch genommen, sind allerdings große Kleinbürgerschichten aus »National-Liberalen« zu »National-Sozialisten« geworden, aus Anhängern der Ideologie einer sentimentalén Volksgemeinschaft zu Fanatikern der blutrünstigen Volksgemeinschaft. Aber die unverletzlichen Rechte des Menschen und des Bürgers, die »droben hangen unveräußerlich«, und die das Volk mit revolutionärem Rechte gegen die Tyrannen vom Himmel herunterholt, — von denen will man nichts wissen. Und ebenso wenig von den Rechten, die das Individuum stets gegenüber der Staatsräson besitzt, von jener unpolitischen Zone, in der der einzelne unantastbar ein Stück »Freiheit vom Staate« leben darf. »Es gibt kein Privatleben mehr« — dieses zynische Wort, das nichts mit den kollektivistischen Ideen eines wirklichen Sozialismus zu tun hat, ist für die Despotie ebenfalls außerordentlich kennzeichnend.

Die tragische Ironie der Despotien ist ihre verborgene Identität mit der Anarchie. Der vollstreckende Spruch der Weltgeschichte hat oft genug aus der Ueberspannung der Staatsautorität ihre totale Zersetzung hervorgehen lassen. Wer den Rechtsstaat aufhebt, zerstört den Staat selbst, auch wenn das im Namen des totalitären Staates geschieht. Der totalitäre Staat, der schließlich — kein Staat mehr ist, die Despotie als Anarchie, sie zeigen nur, daß sich im Begriffe des permanenten Ausnahmezustandes die geordnete Beziehung zwischen Regel und Ausnahme und damit eben das Recht als eine Ordnung aufhebt. »Auf den Höhn des Staats ist staatlos, wem das Edle fremd« — die Antigone des antiken Dichters schleudert diesen Satz dem Tyrannen ins Gesicht in der Auseinandersetzung, in der sie die ewigen ungeschriebenen Gesetze der Ethik gegen eine brutale und entartete Staatsräson vertritt als unsterblicher Anwalt der unsterblichen Humanitätsidee.

Aber hat denn der Nationalsozialismus nicht im Gegensatz zum italienischen Faschismus das Volk statt des Staates in den Mittelpunkt seiner Ideologie gestellt? Ist für ihn der Staat nicht, wie man mit Recht sagte, nur der weltliche Arm einer mystisch verkörperten Volksgemeinschaft? In der Tat handelt es sich bei ihm um die neuartige, in der antiken Welt und vielleicht in der ganzen Geschichte noch nicht dagewesene Form einer demagogisch-messianischen Despotie. Die Volksgemeinschaft ist mit der privilegierten Kaste von fanatischen Glaubenskriegern identisch. Hier ist das Volk nicht das mannigfach gegliederte Ganze von Individuen, die gemeinsame Abstammung, gemeinsame Sprache, gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur verbindet. Volk ist mit der nationalsozialistischen Bewegung identisch. Und so wird der Führer nicht nur zu einer mystischen Verkörperung der »volonté générale« in der politischen Sphäre, er wird zum Gottgesandten, zum Messias einer Glaubensbewegung, eines neuen Islam, der nötigenfalls mit Feuer und Schwert verbreitet werden soll. Der oberste Kriegsherr und Gerichtsherr ist auch der oberste Herr der Gewissen. Zu seiner weltlichen Allmacht kommt der Anspruch auf geistliche Unfehlbarkeit hinzu, mit der der oberste Kulturherr für Wissenschaft, Kunst und Religion die Normen aufstellt, nach denen sie sich zu richten haben.

Schließlich ist auch in der Rechtsphilosophie das Rassenprinzip die ideologische »bonne à tout faire«, das Mädchen für alles im Nationalsozialismus. Und dieser Vergleich aus dem Bereiche der Hausangestellten liegt ja nahe, da die berühmten Nürnberger Gesetze ihre zehntausendjährige Bedeutung von der Eliminierung der Hausangestellten unter dem kanonischen Alter aus jüdischen Haushalten herleiten. In diesem ganzen Bereiche hat sich der Nationalsozialismus in der eigentümlichsten Weise in seinen agitatorischen Schlagworten selbst gefangen und ein Staatsgebilde auf der Grundlage eines pseudo-wissenschaftlichen Aberglaubens errichtet. Der Antisemitismus war stets ein wunderbar bequemes Agitationsmittel, aber die Idee eines antisemitischen Staates wäre etwa den Lagarde und Treitschke selbst als ein allzu schmal fundiertes Gebilde erschienen. In Wirklichkeit enthält diese

Idee eine Absurdität, ganz ähnlich, wie wenn man den Staat auf den Glauben an Hexen gründen wollte. An dieser Stelle ist ja das Dritte Reich auch der Groteske am nächsten, nur daß sie für Tausende zur Tragödie geworden ist.

Resümierend also läßt sich feststellen, daß der totalitäre Staat die militärische Despotie im Sinne der totalen Mobilisierung, daß die Volksgemeinschaft eine Pseudo-Religion der Partei und des Parteiführers, daß das Rassenprinzip einen Kultus der Pseudo-Wissenschaft bedeuten. Diese nationalsozialistische Philosophie aber wird dem positiven Juristen des Dritten Reiches als Rechtsgrundlage und als ihre Rechtsquelle vorgeschrieben. Die positiv-rechtlichen Konsequenzen dieser Philosophie zeigen sich denn auch auf der ganzen Linie. Im Völkerrecht: Negation der zwischenstaatlichen Organisation und der kollektiven Friedenssicherung trotz aller »bilateralen« Friedensmanöver. Im Verfassungsrecht: die Aufhebung der Verfassung durch ein ganz roh gezimmertes Ermächtigungsgesetz und die Nürnberger »Freiheits«-Gesetze. Im Verwaltungsrecht: die Seuche der »administrativen Verschickung«, der Schutzhaft, die Justiz und Verwaltung nicht mehr gegeneinander abgrenzt, im Strafrecht: die Strafgesetze mit rückwirkender Kraft, die Verfolgung der Gesinnung und der intellektuellen Komplizität. Im Strafprozeß: schließlich die Einführung des Führerprinzips und die praktische Beseitigung der Rolle der Verteidigung, und im Strafvollzug: der Triumph des Rache-Prinzips gegen die Humanisierungstendenzen, die man als falsche Sentimentalität beschimpft. Und nur in der Sphäre des Privatrechts erkennt man, wie wenig hier revolutioniert worden ist, wie selbst die Bewegung der »Dämonen« und jenes Reich des »Antichrist« vor den wirtschaftlichen Herzogtümern und den Mächten des Finanzkapitals halt gemacht hat. Bei dieser Tatsache stößt die Rechtsphilosophie auf die soziologischen und ökonomischen Hintergründe ihrer Arbeit. Aber die Einsicht in diese kann den Kampf ums Recht nur fördern und stärken. Der Kampf ums Recht bleibt stets der Kampf um die Grundlagen der Zivilisation und um die Gesundheit der Welt. B. N.

Der lächelnde Richter Sein Weg von Freud zu Hitler

Im Januar 1932 standen im Kölner Schwurgerichtssaal zwei blauerliche Menschen unter Mordanklage. Es war eine Szenerie voller tragischer Akzente, sensationell selbst für abgebrühte Juristen, Geschworene und Reporter. Auf der Sündenbank saß ein alterndes Mädchen, verschlagen und erstaunlich wortgewandt; neben ihrer großen knobigen Gestalt nahm sich der männliche Mitschuldige, klein, verlegen und angstzitternd, sehr unbedeutend aus. Unbegreiflich, daß sie sich einmal mit ihm einlassen konnte! Als das Kind da war, weigerte sie sich trotz seiner flehentlichen Bitten und gegen alle dörflichen Gewohnheiten, ihn zu heiraten. Er war ihr »als Mann« nicht tüchtig genug, um das eiterliche Anwesen zu bewirtschaften. Aber das Kind mußte fort, es mahnte sie an Erlebnisse, deren sie sich schämte, und schließlich stiftete sie ihn an, es zu töten. In nächtlicher Stunde wurde der kleine Leichnam verscharrt. Noch vor Gericht gab dieses unbegreiflich harte Mädchen ihren Mitschuldigen verächtlich und wegwerfend preis.

Stundenlang verhandelte das Schwurgericht über die Motive des Mordes. Da wurde der Untersuchungsrichter vernommen, der die beiden Angeklagten nach ihrer Verhaftung vielen Verhören unterzogen und ihre ersten Geständnisse entgegengenommen hatte, und um dieses Richters willen lohnt es sich, weiter zu berichten. Es war ein noch ziemlich junger und schlanker Herr mit einer Gelehrtenbrille, ganz außerhalb des gewöhnlichen Typs deutscher Juristen. Er begnügte sich nicht mit der Erstattung eines sachlichen Referats über die protokollierten Aussagen. Vielmehr machte er den Schwurgerichtssaal zum

Schauplatz eines wissenschaftlichen Kollegs. Er trug psychoanalytische Betrachtungen über Mörder und Mörderin vor, gestützt auf die Argumentationen Freuds. Er beherrschte alle individualpsychologischen Analysen mit dem dazu gehörenden, oft etwas verschlungenen Wortchatz mit letzter Vollkommenheit. Es wimmelte von »Verdrängungen«, von »sexualbetonten Kindheitserlebnissen« — kurz, dieser Richter zerlegte die seelische Struktur der beiden Angeklagten mit einem solch feinnervigen Einfühlungsvermögen, daß es ihm gelang, sie im Lichte unglücklicher erotischer Verstrickungen zu zeigen. Wenn sie auch wegen des Mordes an ihrem Kinde harte Strafe verdienten, so sei ihnen tiefes menschliches Mitgefühl unter Würdigung aller mildernden Umstände nicht zu versagen.

Der ganze Saal stand unter dem Eindruck dieser Aussage. Zwar lagen auf dem Tisch unbarmherzige blutige Beweisstücke. Aber der Herr Untersuchungsrichter hatte die Köpfe zweier Menschen gerettet. Selbst die Zuchthausstrafe fiel verhältnismäßig milde aus. Bei der Urteilsverkündung erschien auf dem blassen Asketenkopf ein Lächeln des Triumphs. Hatte er nicht der modernen Justizpflege eine Gasse gebahnt? Als sich der Saal leerte, sagte jemand: »Ein deutscher Richter, wie es wenige gibt. Er macht sich die Mühe, Menschenschicksale zu ergründen, und er hat ein Herz.«

Aber nun ist ein meilenweiter Schritt zu machen. Es ist November 1935. Der totale Staat hat die Einrichtung von Sondergerichten befohlen. Der »Mensch« ist nun abgeschafft. Es gibt nur noch treue Bürger des

Dritten Reichs oder verbrecherische Schädlinge, Objekte erlosener brauner Richter mit der eidlichen Verpflichtung zu Bluturteilen.

Das Kölner Sondergericht tagt genau einen Korridor unter dem Schwurgerichtssaal. Auf der Anklagebank sitzt ein jüdischer Journalist, der seit langen Jahren eine große Berliner demokratische Zeitung im deutschen Westen vertreten hatte. Man sieht viele braune und schwarze Uniformen im Gerichtssaal, denn es soll sich ein öffentliches Strafgericht über einen früheren politischen Gegner vollziehen. Der Journalist hat das Gesetz zur Reinerhaltung des deutschen Blutes, verkündet zu Nürnberg im September 1935, dadurch verletzt, daß er seine arische Freundin nicht sofort aus seiner Wohnung entfernt hatte. Anfang Oktober war die Gestapo gekommen. Zwar fand sie zu nächtlicher Stunde das junge Mädchen keineswegs in seinem Zimmer. Aber die Umstände, und die Beamten hatten den Haftbefehl schon vorher in der Tasche, denn die Stunde der Rache war da.

Die Herren vom Sondergericht hatten die politische Vergangenheit des Angeklagten in den Akten und beherrschten die Situation. Ausführlich wurden die »Umstände« erörtert. Der Angeklagte erklärte, daß er mit dem Mädchen in einer »Gewissenshe« gelebt habe. Die Richter belächelten die Vokabel: Gewissen. Höhnisch nahmen sie die Aussage entgegen, daß es ihm nicht gelungen sei, in der Eile eine geeignete Unterkunft für die Freundin zu finden. Die hübsche junge Dame, die zugunsten des 48jährigen aussagte, brachte sichtbar Empfindungen des Sexualneids zum Ueberkochen. Messerscharf fiel die Anklage-

rede des Staatsanwalts gegen den Rassen-schänder aus, der sich vermessen hatte — und so weiter.

Ein Jahr Gefängnis setzte das Gericht fest. Sein Vorsitzender war ein noch junger Mann mit einem gelehrten Aaketenkopf. Mit wohlklingender Stimme und gut assortierten Argumenten erklärte er, daß das Gericht schwer mit sich gerungen habe, ob das Verbrechen des Angeklagten nicht mit Zuchthaus zu sühnen sei. Er habe — wieder war detailliert von den »Umständen« die Rede — gutas deutsches Blut durch schlechtes semitisches vergiftet. Er habe sich nicht »besähmen« können. Für das Gericht bestehe kein Zweifel...

Die Worte, die auf den Angeklagten herabprasselten, wurden immer zynischer, immer verächtlicher. Das Porträt des Führers über dem Richtertisch beherrschte die Szene. Als man den Verurteilten zu sofortiger Strafvollziehung fortführte, sah man ein Lächeln des Triumphes auf dem Gesicht des Vorsitzenden. Der Leser hat längst erraten, daß es sich um den gleichen Richter handelt, dessen Aufstieg in jener denkwürdigen Schwurgerichtssitzung begonnen hatte. Es war ihm inzwischen gelungen, seine früheren »Komplexe«, Freud, Psychoanalyse, Verständnis für tragische menschliche Situationen, zugunsten einer strammen Haltung im Dienste seiner Karriere im Dritten Reich zu unterdrücken.

Der Mann, der vor drei Jahren Kindesmördern einen Mitleidshauch gönnte, der heute Woche für Woche Männern, Frauen und Junglingen ihrer Gesinnung wegen für lange Jahre Freiheit und Atem nimmt: er heißt von Vacano. Er wird eines Tages selber vor einem Tribunal mit vielen seinesgleichen stehen und das Lächeln wird ihm vergehen.

Andreas Howald.

Zweierlei Jugend

Der Riß, der künftig durch das deutsche Volk gehen, der es in Vollbürger und »Reichsangehörige« minderen Rechtes spalten wird, soll bis in die Reihen der Schuljugend reichen. Soeben wird eine Neuordnung der Jugendorganisationen in Angriff genommen, die so aussieht:

In den kommenden drei Jahren werden die Zehn- bis Dreizehnjährigen im Jungvolk und in der Jungmädelerorganisation erfaßt. Wer sich in diesen Organisationen »bewährt«, wird mit 14 Jahren in die Hitlerjugend, bzw. den BDM aufgenommen. Alle, denen »diese Ehre nicht zuteil wird«, haben ihre zwangsweise Eingliederung in die sogenannte Staatsjugend zu erwarten. Vom Dienste befreit wird also keiner — aber es wird künftig zweierlei Jugend geben, eine privilegierte und eine minder geachtete. Die »Neuorganisation der Jugend« gibt den Machthabern Gelegenheit, die Kinder oppositioneller Eltern entsprechend zurückzusetzen, zu schikanieren und ihnen das Leben nach Kräften zu erschweren. — Hitler kennt keine Deutschen mehr, er kennt nur noch Reichsbürger und Reichsangehörige, er kennt nur noch Hitlerjugend und Staatsjugend, er kennt nur noch Bevorzugte und Entrechtete.

Kurt Doberer:

Einem Genossen

Man wünscht, es wär nicht wahr,
daß sie dich eingefangen.
Du bist mit uns gegangen,
an fünfundzwanzig Jahr.

Und ist auch weiß dein Haar
und kleiner dein Verlangen,
du gingst ganz ohne bangen
hinein in die Gefahr.

Du fehlst in unserer Schar,
bis wir zum Ziel gelangen,
es ist schon weiß dein Haar.

Du bist mit uns gegangen,
daß sie dich eingefangen,
man wünscht, es wär nicht wahr.

Volkskunst

Da man auf die große neue Kunst vergeblich wartet, haben die braunen Feldweibel den Befehl ausgegeben: »Zurück zur Volkskunst! Wir müssen ganz von vorn anfangen!« Ode Bauernstücke, wie sie vor Jahren die Schliersee kaum noch wagen konnten, bedrängen die Theater. Man fängt wieder bei der Schliersee an.

Im Berliner »Kleinen Theater« (Unter den Linden) gastiert seit Monaten ein bayrisches Bauerntheater, das sich Thoma-Bühne nennt. »Sie wartete bisher schon«, schreibt die Kölner Volkszeitung, »mit Stücken von Anzenberger und Ludwig Thoma auf — Bühnenprodukten, die als echte Kinder des Liberalismus vor mehr als 20

Deutsche Schande als Wissenschaft

Die Gründung des »Reichsinstituts für Geschichte des Neuen Deutschlands«

In dem noch laufenden Wintersemester der Berliner Universität ist in enger Verbindung mit dieser ehrwürdigen Kultstätte der Museen, an der Fichte einmal seine »Reden an die deutsche Nation« hielt, Schleiermacher das unerbittliche Gesetz des christlichen und abendländischen Ethos gegen den Tyrannen verkündete, Karl Marx zu Füßen seines großen Lehrers Hegel mit der Idee des Staates rang, ein sogenanntes »Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands« gegründet worden. Stellen wir es gleich im Vorhinein fest: es scheint das nicht ganz ohne erheblichen Verdruß für die braunen Gründer abgegangen zu sein! Denn der Eröffnungsrede, die in der Universitätsaula der Präsident des Instituts, der bis dahin weithin unbekanntes Geschichtsprofessor W. Frank hielt und nunmehr im Wortlaut von einigen akademischen Fachschriften wiedergegeben wird, entnimmt man folgende Stelle, die von besagter brauner Kümmeris allzu bereit Zeugnis gibt:

»Es gibt in Deutschland ein großes Institut, das Archäologische Institut, das aus der Zeit vor 1933 einen Jahresetat von 931.000 Mark besitzt. Wir sind die letzten, die für die Erforschung des Altertums, auch des Altertums fremder Völker, nicht Vertrauen und Sympathie hätten. Aber wir meinen, daß es unmöglich ist, jenem Institut, das die dringenden Fragen der neuen deutschen Geschichte zu bearbeiten haben wird, jenem Institut, das einmal in späteren Jahren die Ehre haben soll, die Geschichte der nationalsozialistischen Revolution zu schreiben, auf die Dauer nur ein Dreißigstel der Mittel zu gewähren, die der Erforschung fremden Altertums zugewiesen sind. Und wir sind der Zustimmung der zuständigen Stellen der nationalsozialistischen Bewegung und darüber hinaus des Verständnisses der gesamten deutschen Öffentlichkeit sicher, wenn wir es aussprechen, daß wir im In-

teresse der uns übertragenen großen Aufgabe nie und nimmer die Rolle des Aschenbrödelis akzeptieren werden.

Das ist doch wohl eine glatte und runde Erpressung, die der Herr »Präsident« des farnosen »Instituts« an seinen akademischen Kollegen und an den Behörden und Körperschaften der Universität vornimmt, die dem Staat die Vorschläge für die richtige und wissenschaftlich-vertretbare Verteilung zu wissenschaftlichen Zwecken verwendeter Gelder vorzuschlagen haben. Auch das dürfte also schon zur »Geschichte des Neuen Deutschlands« gehören und vom Institut nunmehr wissenschaftlich geborgen werden müssen, daß zum ersten Male in Deutschland eine akademische Gründungsfeier jetzt mit einem formgerechten Kriminaldelikt inauguriert worden ist! Aber das würde ja nur in jener Reihe von Ereignissen und Tatbeständen liegen, die als »Geschichte des Neuen Deutschlands« so wie so bereits so üppig das Verbrecheralbum bereichern: sei es nun die erotische Spielart des Herrn Stabschefs Röhm selig, sei es der Reichstagsbrand mit den Eiden der Göring und Göbbels vor dem Reichsgericht, sei es der Mord von Potempa mit dem Telegramm des ideellen Anstifters zum Mord, damals allerdings noch nicht eines der europäischen Staatsoberhäupter. Auf jeden Fall dürfte die Arbeit des »Instituts« also reichlichen Stoff vorfinden, wenn freilich auch gerade nicht auf dem Gebiete monumentalen Zeitwerdens, sondern mehr in Richtung außerordentlich raffinierten Ganovenums, Aber das ist ja wohl kein großer Unterschied für den heutigen deutschen Geschmack...

Das »Institut für Geschichte des Neuen Deutschlands«, an das öffentliche Gelder verplumpert werden,

und zwar, wie es wohl nach Franks Drohung so werden wird, in unbegrenzter Fülle — wird folgendermaßen den Geist Mommsens oder Onckens verwalten — ebenfalls nach Frank und seiner Eröffnungsrede:

»Wenn wir die Kraft haben, die Geschichte wieder so zu schreiben, daß die Geschichtsmacher sie im Tornister mit sich tragen, dann haben auch wir Geschichte gemacht.«

Ja, in der Tat! Das »in dem Tornister« — das scheint das Entscheidende zu sein! Darum ist als Sachverständiger und Ehrensator dem Institut neben dem Rassen-Günther auch der Oberst Nikolaï feierlich beigelegt worden. Das ist der Mann, der vier Jahre lang glorreich in großer Zeit als Chef des Nachrichtendienstes der Obersten Heeresleitung sein Volk belogen hat. Darum erkennt auch Herr Frank in seiner Eröffnungsrede alle Mitarbeiter des Instituts im Vorhinein zu »Waffenschmiedern und Ingenieuren der Wissenschaft« und zu »Offizieren des Vaterlandes« und preist darin auch jenen seinen Korrespondenten in Rom, der ihm geschrieben habe, wie ihm »beim Anblick der ausziehenden Truppen im Hafen von Neapel eine quälende Wehmut (sic!) überfallen habe«. Darum hat Adolf Hitler selbst dem Taufkind ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem es heißt, daß er erwarte, daß das Institut im »bewährten Geist unserer nationalsozialistischen Weltanschauung« arbeiten werde...

Wie weit hat es doch die vielgepriesene deutsche Wissenschaft allgemach gebracht! Als Schaubudenanreißer der Nazischande über Deutschland hat sie sich freilich bisher noch nicht betätigt. Das »Institut« schafft hier endlich Wandel! H. E.

Artgemäßer Schulaufsatz

Die »Deutsche Kämpferin« beklagt sich bitter darüber, daß ein Nibelungenroman von Werner Jansen »Das Buch der Treue« in Mädchenschulen vom Deutschlehrer »nicht nur als Ergänzungslektüre zum Schulstoff empfohlen, sondern als Schulaufgabe befohlen« werde. Um seine Abneigung gegen das echt germanische Literaturgewächs zu erklären, veröffentlicht das Blatt einige Proben aus dem Jungmädchenbuch. Die sehen so aus:

Ute. Von ihr heißt es zu Anfang: »Ihr feuchter, leichtgeöffneter Mund zieht tief die süße Sommerluft in die Seele hinein wie einen Trunk Feuerweins aus dem verschlossenen, aber nicht zum Grunde geleerten Becher ihrer Leidenschaft für Dankrad, ihren (verstorbenen) Mann. So »entflammen« denn auch »ihre Augen in einem gefährlichen Feuer vor der jungen, königlichen Schönheit« Siegfrieds. »Dies Fischlein ist gefangen.« flüstert sie Hagen zu, »aber ich wollte, ich säße an Chriemhilds Statt.« ...

Gunther. Er selbst sagt von sich, er habe »bis an die Knöchel in Schmutz gewatet«; nun hat er genug davon und will Brünhild freien. Seine Schwester Chriemhild nennt ihn einmal »einen Faulendenc. Brünhild sind »die begangenen Laster und und Treulosigkeiten ihres Herrn verborgen geblieben«. Jansen schildert ihn so: »Daneben das fahle, verworfene Haupt des Königs, von frühen Erfahrungen übel gezeichnet, von Sättigung erschlaft, voll »frecher Lüsternheit«.

Brunhild. Sie will nach der Enthüllung Chriemhilds das Kindloswerden, das sie von Gunther trägt. Deshalb macht sie einen Gewalttritt, immer weiter, obgleich »ihr Blut schon durch ihr Gewand dringt, über den Sattel strömt«. Als sie abends in den Hof der Burgundenburg zurückkehrt, bricht das Pferd unter ihr zusammen. »Die Königin steht hochauferichtet über ihm, den schaumbedeckten, gedunsenen Pferdeleib zwischen ihren Füßen, und das Blut flutet ihr in Bächen nieder, mischt sich mit dem schmutzigen Geflocke. Gun-

ther »taumelt verstört in die Arme seines Kanzlers, schluchzend, schreiend vor Ekel. Brünhild »kreucht aus ihrer Hölle, heftet die wahn sinnigen Augen auf den Tronjer«. Und schreit: »Schafft mir Ruhe, Kanzler!«

Verschiedene Mütter haben, wie die »Deutsche Kämpferin« abschließend mitteilt, bei den Schulen gegen diese Lektüre protestiert. Aber »es nützte nichts«. Natürlich nicht! Den braunen Erziehern gefällt das kernige Buch eben besonders gut, und im übrigen setzen sie mit Recht voraus, daß einer Jugend, die an den »Stürmer« gewöhnt ist, keine Pornographie mehr Neues bringen kann.

Kultur ...

»Kultur ist oft nur Phrase, den Franzosen ist sie ein Firmis, dem Engländer ein Vorwand. Nur der Deutsche ist innerlich von ihr erfüllt, weil er sie in den Märztagen von 1933 erlebt hat.«

(Aus der »Fränkischen Tageszeitung«.)

Jahren als besonders mutig galten, weil sie sich erhaben dünkten über die landesübliche Frömmigkeit und Moral.«

Seit einiger Zeit spielt dieses Bauerntheater ein Stück, das sich »Der letzte Bauer« nennt und wegen dem die katholische Presse entsetzt die Hände ringt. Handlung: Der katholische Pfarrer und seine Köchin haben ein Kind miteinander. Der Bub soll dem geistlichen Stand geweiht werden, »um durch ein gottgefälliges Leben die Sünden seiner Eltern wegzubeten.« Aber der Sohn, der nichts von seiner »ündhaften Herkunft weiß, will nicht. Nun setzen Pfarrer und Pfarrkathels Intrigen ein, um den Burschen unter die Kutte zu bringen. Die auftretenden Kleriker sind laut »Köln. Volkszeitung« Musterbilder von Verlogenheit und Heuchelei. Ein Messer wird von der Pfarrerköchin mit Gebetsformeln und Weihwasser zum Mord geweiht.

»Gerade die größten Heuchler treten immer auf und ab von der Bühne, in dem sie Weihwasser nehmen und mit »Gelobt sei Jesus Christus« grüßen. ... Er führt uns in einer Pfarrhauszene in sechs Auftritten eine ganze Kette von Niederträchtigkeiten vor, die hinter den Verleumdungen des Pfaffen spiegels schon deshalb nicht zurückbleiben, weil sie hier alle einer einzigen Figur zugeordnet werden. ... Aber was er dieser Figur, die hier offensichtlich in Vertretung für den ganzen Stand gemeint ist, alles aufbürdet, geht über jedes dagewesene Maß hinaus!«

Die »Köln. Volkszeitung« weist an einigen Beispielen nach, daß der Verfasser einige katholische Postulate entweder verfälscht oder von ihnen keine Ahnung habe. — Die braune Wotanpresse ist von dem Stück selbstverständlich erfreut, die gleichgeschaltete

jedoch schweigt oder äußert sich betreten und betroffen.

Die Ironie der Geschichte will es, daß in derselben Kleinen Bühne vor anderthalb Jahrzehnten die Pfarrhauskomödie des Dichters Lautensack von kirchlichen Kreisen mit einem Theaterkraxell bedacht wurde. Damals rummelten auch die Völkischen mit und spielten sich als Retter der katholischen Kirche auf, dieselben Völkischen, auf deren Boden heute solch dilantantische Pfaffenfresserei gedeiht, während Lautensacks Stück eine wirkliche Komödie war.

Trauernd verweist die »Köln. Volkszeitung« darauf, daß Stücke wie das obige mit Volkskunst nichts zu tun hätten und »nicht zur Stärkung und Stützung der Volksgemeinschaft, sondern zu ihrer Zersetzung beitragen...« Das Blatt hat allerdings zur Stärkung dieser mit dem Gummiknütel zusammengehaltenen braunen Zwangsgemeinschaft soviel getan, daß es besondere Ursache hat, über das Berliner Gastspiel betrübt zu sein.

Klage aus Norden

Wieder kommt aus Skandinavien die braune Klage über Vernachlässigung der hiterdeutschen Literatur. Dismal erhebt sie der »seit Jahren in Skandinavien ansässige Schriftleiter Dr. Paul Graßmann.« Er hat, wie die Nazipresse berichtet, an schwedischen und norwegischen Sendern gejammert, daß die neudeutsche Literatur in den nordischen Ländern so wenig Interesse finde und hat ihnen nachgerechnet, in welcher großen Auflagen die Werke schwedischer und norwegischer Schriftsteller in Deutschland erscheinen. Das soll wohl ein vom Propagandhi inspirierter Wink

mit dem Zaunpfahl sein: wenn ihr unseren Mist nicht leset, brauchen wir eure literarischen Werke auch nicht mehr! In diesem nordischen Bericht einiger Naziblätter heißt es:

»Nie zuvor ist das deutsche Interesse für das nordische Buch so groß gewesen wie jetzt. Leider finden wir in Skandinavien keine Gegenseitigkeit. Das deutsche Buch hat die Stellung, die es früher besaß, zum großen Teil verloren, während die leichte französische und angelsächsische Unterhaltungsliteratur von Jahr zu Jahr an Verbreitung gewonnen hat. Auch die Zahlen für die nordischen Uebersetzungen deutscher und anderer ausländischer Bücher spiegeln die gleiche Entwicklung wieder. Nur das deutsche wissenschaftliche Buch hat sich einigermaßen behauptet.«

Weil es sich dabei meistens um Neuauflagen solcher Werke handelt, deren Autoren inzwischen entweder ins Ausland vertrieben oder vom Dritten Reich kaltgestellt wurden.

»Die deutsche Zeitschrift und Zeitung hat dagegen gleichfalls an Boden verloren. Die nordischen Buchhändler pflegen den Preis wie den Inhalt der deutschen Bücher hierfür verantwortlich zu machen. Auch in der skandinavischen Presse wird immer wieder behauptet, daß das neue deutsche Schrifttum dem Auslande nichts zu bieten habe. Mit auffällender Vorliebe beschäftigt sich ein großer Teil der nordischen Zeitungen aber mit den Erzeugnissen der volkvergiftenden deutschsprachigen Emigranteliteratur.

Dies ist eben das Traurige seit jeher, daß sich die denkende Welt mehr für die Werke und die Stimme der Freiheit begeistert, als für die nach Diktat und Zensur verfertigte Knechtskunst. Darum wirkt es auch auf die nordischen Völker nur komisch, wenn Hitlers Graßmann feststellt,

Was ist Kitsch?!

Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Aufsatz in der hiterdeutschen Monatschrift »Deutsches Volkstum«. Es heißt da:

»Seitdem die Zivilisation die letzten, schon verkümmerten Zeugnisse einer Gestaltkultur im Biedermeier zerfressen hat, gibt es also Kitsch. Die Künste sehen sich seitdem immer mehr zusammenhanglosen, amorphen Bevölkerungshaufen gegenüber, die aller inneren Gliederung bar, gottverlassen, ohne Tradition, gemeinschaftsfremd und gemüthlich verarmt sind, die keine Natur, keine Heimat und keine Sippenbindung kennen, deren Arbeit entseelt und durch Arbeitsteilungen in sinnlose Teilverrichtungen aufgelöst ist, die immer stärker egalisiert und zur Masse werden.«

Und die im hiterdeutschen Zuchtstaat noch schlimmer »egalisiert« werden durch Drill, Zwang und Reglementierung von der Wiege bis zum Grabe — könnte der Autor fortsetzen, wenn er dürfte. Es lohnt nicht, mit einem Hakenkreuzer darüber zu rechten, warum sich im Klassenstaat immer gegensätzliche Bevölkerungshaufen gegenüberstehen werden, aber für Kitsch gibt es eine einfache Definition: Unzulängliche, verlogene Verwendung ästhetischer Motive und Formen. Oder, um in Beispielen zu reden: Kitsch war das Zeug, das der junge Göbbels einst jüdischen Verlegern und Theaterdirektoren vergeblich anbot; Kitsch ist es, wenn Göring seinen Jagdgästen in germanischem Gewand entgegentritt und sein Palais innerlich zur Ritterburg umwandeln läßt; Kitsch ist der verlogene und verbogene Sippen-, Ahnen- und Führerkult des Dritten Reiches; Kitsch ist Hitlers schmalzige Phraseologie — Kitsch, blutiger gemeingefährlicher Kitsch, ist das innerste Wesen der ganzen Hakenkreuzerei. Sie sollten das Wort auf den Index setzen.

Die Rose von Jericho

Vor dem Schöffengericht Frankfurt a. M. mußte sich ein Kaufmann wegen unlauteren Wettbewerbs verantworten. Er hatte auf der Frankfurter Budenmesse mit großem Tamtam eine »Rose von Jericho« angeboten. Diese Wunderblume, so machte er den Käufern weiß, könne Tote lebendig machen und das Wetter voraussagen, außerdem diene sie als Rauchverzehrer und Blutreiniger. Das Gericht sprach den Schwindler frei, denn es war der Meinung, daß bei dieser Art der Anpreisung »jeder normal Denkende die Wertlosigkeit des Gewächses hätte erkennen müssen.«

Die Richter taten gut daran, Milde walten zu lassen. Ein allzu großer Teil des deutschen Volkes ist einer »Rose von Jericho« nachgelaufen, die sich nach ihrem Erblühen als das übelste Gewächs der Zeit entpuppte. Wollte ein Richter den verurteilen, der die Leichtgläubigen damit angeschmiert hat — er käme mit den allerhöchsten Schutzgesetzen des totalen Staates in Konflikt.

Ansporn. Die Winterhilfsplaketten dieses Monats tragen das Bild Friedrichs II. Im Volke flüstert man einander zu: »Ja, gebt, gebt, gebt, es ist ohnehin alles für den alten Fritzton!«

»man habe im Ausland und besonders in Schweden und Dänemark leider immer noch nicht erfaßt, daß die nationalsozialistische Revolution in Wahrheit eine Befreiung und Reinigung der eigentlichen deutschen Literatur von fremdem Geist und fremdem Gift gebracht habe...«

Das pedantische Ausland aber vergleicht, findet das braune Zeug miserabel und kann nicht begreifen, wieso die Bücher der Menschlichkeit mit einem Male Gift sein sollen. So zurückgeblieben ist das Ausland.

Frohe Botschaft

Zu den Märzgefallenen des Dritten Reiches gehört der Schriftsteller Heinrich Zerkau. Mit den simplen Stücken, die er schrieb, rannte er einst jüdischen Dramaturgen die Türen ein, vom Scheitel bis zur Zeh ein wendiger Liberaler, der Geschäfte machte, mit wem er konnte und der immer gut auf den jeweiligen Wind achtete. Natürlich fand er auch ans Dritte Reich rechtzeitig Anschluß und spielt jetzt dort den Dichter, der immer völkisch empfunden hat.

Kürzlich wurde von ihm ein Stück in Köln uraufgeführt: »Der Sprung in den Alltags«. Schon vorher hatten Dutzende Bühnen den Schmarren »angenommen. Warum? Die »Neue Literatur« sucht es zu erklären:

»Das liegt nicht in der Handlung des Stückes selbst, denn die Fabel, wie sich zwei Menschenkinder gegen den Widerstand muffiger Bürgerlichkeit finden, ist zwar hübsch, aber ohne sonderliche Eigenart, und auch der Bau des Werkes läßt die Sammlung bis zum Schluß hin vermissen, der dritte Akt fällt ab.«

Also was, um Gotteswillen, wenn die Handlung banal ist und der Bau undramatisch und der dritte Akt schwächlich — was ist an

Tanz auf dem Vulkan

Görings bescheidene Geburtstagsfeier im engsten Kreise ist vorüber. Der enge Kreis bestand aus nur 2100 Gästen. Die Staatsoper zu Berlin mußte ein paar Tage vor dem feierlichen Staatsakt geschlossen und in einen Ballsaal umgewandelt werden, den Leuchtbrennen zierten und aber hundert Blumenarrangements. Wände, Decken und Balkone waren von Seide und Silbersamt überflutet, der Eintritt kostete 50 Reichsmark, nur persönliche Bekannte des spartanisch lebenden Generals waren zugelassen, mehrere tausend Liter Champagner (die Flasche zu 15 Mark) rannen durch die staatsgetreuen Kehlen. Der Korrespondent der »News Chronicle« wußte zu berichten, daß der Ball bis vier Uhr früh dauerte und in seiner Pracht die Tage des Kaiserreichs wachriefe.

Göring steht mit seiner Vorliebe für protzige Gastereien nicht einzig da, er macht nur den meisten Lärm damit. Bei den »musikalischen Abenden« in den Privatwohnungen der Minister Frick und Selde soll es nicht gerade proletarisch zugehen und Göbbels' fürstliche Wohnung setzt jeden Besucher in Erstaunen. Der Führer selbst steht im Ruf der Enthaltsamkeit. Uebrigens verträgt sein Magen keine schwere Kost. Aber mit der Errichtung von braunen Palästen, in denen die luxuriösesten Zimmer für Hitler reserviert werden, mit Reisen in Flugzeug und Sonderzug, mit Hotelrechnungen, deren sich kein Sultan zu schämen brauchte, mit Autopark und Personal wird keineswegs gespart. Einstmals — in den Januartagen 1933 — verkündete der deutsche Rundfunk den Verzicht Adolf Hitlers auf das Kanzlergehalt. Von einer Ablehnung der Präsidentenbesüge wurde bis heute noch nicht gesprochen.

War es nicht Göring, der den »Fettwäntchen« zur Butterknappheit gratulierte? Doch, es war Göring. War es nicht Göbbels, der in der Deutschlandhalle den Satz zum besten gab: »Ohne Butter können wir einmal auskommen, aber nicht ohne Kanonen?« Doch, es war Göbbels. Aber ohne Sekt können »wir« eben auch nicht auskommen, nicht ohne maßlose Schlemmereien auf Kosten des Volkes, nicht ohne Samt und Seide, nicht ohne Galakleider und Prunkgemächer. War es nicht Hitler, der nach dem 30. Juni 1934 verkündete, er brauche Männer »und keine lächerlichen Affen?« Doch, es war Hitler. Wie sieht heute sein Hofstaat aus? Genau wie vor dem 30. Juni. Nur werden die Orgien, die sich zu Röhms Zeiten in versteckten Hotelzimmern barge, heute vor aller Welt zur Schau gestellt.

Vom nächtlichen Geisge gehen die Anführer hin und predigen dem Volke spartanische Lebensweise, Gemeinnutz, fröhlichen Verzicht auf lebenswichtige Güter, Eintopf und hartes Zeltlager. Das unvorstellbar aber ist: sie spüren nicht einmal, in welch grotesken Widerspruch sie da geraten sind! Sie spüren es nicht, denn sie haben sich allmählich in ein Gottesgnadentum hineingeschwatzet, das ihnen den Blick für die eigenen Maße völ-

lig vernebelt, sie haben sich selbst in ihren Palästen goldene Altäre errichtet und bringen ihrem Ich von früh bis spät Weihrauch und Myrrhen dar. Nicht einer dem andern, sondern jeder nur sich selbst. Und wie sehen diese kläglich braunen Götter aus! Kleinbürgergötzen sind es, einer wie der andere. Wie die Frau eines Kriegsgewinners hier noch eine Brillantnadel, dort noch eine Straußenfeder, hier noch einen Pelzbesatz, dort noch eine Seidenfische anbringt, bis sie wie eine Pfingstkuh einhersteigt, so stellen sie ihren erworbenen Reichtum vor dem hungernden Volke und vor dem lächelnden Ausland zur Schau — geschmacklos, parvenühaft, plump. Was sie vor ihrer Machtergreifung in billig möblierten Zimmern erträumten, das leben sie heute aus und glauben sich dabei von allen kleinstädtischen Prachtanbetern vergöttert.

Wie steht es in Wahrheit mit dieser Vergötterung? 1932, als die Hakenkreuzler den Vertretern der Republik jede Buttersemmel in den Mund zählten, als die bescheidenen Mietwohnungen und Siedlungshäuser dieser Männer in den braunen Versammlungen zu Bonzenschlössern umgeklagen wurden, machte Hitler mit seinem Gefolge im Kaiserhof zu Berlin bereits eine Zehntagerechnung von mehr als 4000 Mark. Die Gegner der Nationalsozialisten schlugen diese Rechnung damals an allen Plakatsäulen an — es half nichts. 1932 konnten sich die braunen Führer solche Exzesse noch gestatten, ohne bei ihren Anhängern größere Aergernisse zu erregen. Und auf diese Erfahrung ihrer Frühzeit pochen sie heute noch. Zu Unrecht! Damals hatten sie dem ganzen Volke strahlenden Reichtum, Glück und goldene Berge versprochen. Warum sollten sie selbst nicht den Anfang machen? Sie, die Hellsbringer? Das fürstliche Auftreten mochte in den Augen der Kleinbürger sogar ihr Ansehen steigern, denn Kerle, die sich sowas leisten konnten, mußten mächtige Herren sein, von ihnen war Großes für's Volk zu erwarten. Heute ist der Erlösertraum in ein Nichts zerfallen, heute stehen hohläugige Frauen vor den Fleischerläden Schlange, heute fressen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die letzten Reserven aus den Schränken, heute warten Geschäftsinhaber und Handwerker vergebens auf zahlungskräftige Kunden, heute sind viele ins Proletariat hinabgesunken, die 1932 noch zu den Kleinbürgern zählten, und heute wird den nationalsozialistischen Führern das, was einst ihren Ruhm vermehrte, nicht mehr verziehen. Unzufriedenheit schwellt an allen Ecken und Enden, die Hungernden weisen mit Fingern auf die Fenster der strahlenden Bonzensäle und flüstern einander die Summen ins Ohr, die allwöchentlich für die Galafeste und Präsereien der Göring und Göbbels, der Frick und Selde und Ley zum Fenster hinausfliegen.

Die Gewalthaber tafeln ruhig weiter, lassen sich nicht stören und stellen zur Abwehr etwaiger Unruhen höchstensfalls die SS bereit. Sie wollen nicht merken, was los ist, — sie verlassen sich auf das Gottesgnadentum. Aber

darauf haben sich vor ihnen schon andere verlassen. Der kaiserliche, königliche und fürstliche Prunk im Vorkriegsdeutschland hatte immerhin Tradition, war immerhin durch das Prädikat »hochgeboren« geschützt. Auch er wurde eines Tages eintägig zerfetzt, und hinter den hochherrschafflichen Seidentapeten kamen die Risse und Sprünge im monarchistischen Gemäuer zum Vorschein. Auch Frankreichs Ludwige glaubten an ihre Gottähnlichkeit und Unantastbarkeit, bauten sich prunkende Regierungspaläste und Lustschlösser — wie die Despoten in Deutschland sich heute riesige braune Häuser, Paläste und Jagdvillen errichten, geben dröhnende Hofgesellschaften, wie sie die braunen Zaunkönige von heute geben, veranstalten lärmende Jagden, wie sie gegenwärtig in der Schorfheide üblich sind, und meinten, das Volk hungere dankbar, wenn dieser Hunger nur den Glanz des Herrscherhauses erhöhte. Eines Tages rollten statt der Louisdors hochwohlgeborene Köpfe.

Görings Geburtstag ist verrauscht, 2100 Gäste waren geladen, viele tausend Flaschen Sekt wurden getrunken. Sie werden selbst von den einseitigen Anhängern nicht mehr auf das Konto des Gottesgnadentums geschrieben, denn dieses Konto ist abgeschlossen. Sie sind in jenem Schuldbuch vermerkt, dessen Endsumme eines Tages bei Heller und Pfennig beglichen werden wird.

Deutsche Art

In einer Münchener Aufführung ist, wie man in der »M.N.N.« lesen kann, Joanne d'Arc zum Germanentum durchgebrochen. So nämlich wurde sie gespielt. Solche Durchbrüche sollen jetzt im Dritten Reich öfters vorkommen. Aber in der Kritik heißt es außerdem:

»Schiller läßt seine Jungfrau nicht auf dem Scheiterhaufen, sondern auf dem Schlachtfeld sterben. Er verzichtet auf die Inquisition. Das ist deutsche Art.«

Nur schade, daß es mit der historischen Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Was aber haben zu dieser deutschen Art Hitler und die Seinen zu sagen, die in ihren Kerkern und Konzentrationslagern die Inquisition mit Folter und Gummiknüppel wieder eingeführt haben?!

Kleine Korrektur

Aus einer westdeutschen Nazizeitschrift: »Es ist die größte Lüge, die je von künftigen Knechten in die Welt gesetzt wurde, daß die alten Germanen von den Römern die Zivilisation empfangen haben... Ohne die alten Germanen hätte es gar keine römische Kultur gegeben...«

Jetzt wissen wir endlich authentisch: Arminius persönlich hat Rom gebaut, Cäsar gar nicht gelebt, und die römischen Schriftsteller sind eine Sage. Was wird Mussolini zu den letzten Forschungsergebnissen der reichsdeutschen Nazibrüder sagen?

Zu Kreuze gekrochen

Will Vesper »Neue Literatur«, die im Sommer manche Lippe gegen ihre Konkurrenten in der Reichskulturkammer und deren Flaschenkinder risdierte, ist auffällig zahm geworden. Kritiklos läßt sie die neuen Kitschewagen vorüberbrausen. Ganz rückwärts im neuesten Heft, klein und bescheiden gedruckt, findet sich die Lösung:

Wir können folgende erfreuliche Erklärung mitteilen:

»In einer offenen Aussprache zwischen dem Leiter der »Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums«, Pg. Hans Hagemeyer, und dem Herausgeber der »Neuen Literatur«, Pg. Will Vesper, wurden die bestehenden Mißverständnisse beseitigt. Pg. Hagemeyer hebt die Rundschreiben und Erklärungen der »Reichsstelle«, die sich mit der »Neuen Literatur« und ihrem Herausgeber beschäftigten, auf.«

Diese Mitteilung steht in der Rubrik »Unserer Meinung«. In Wahrheit beweist sie, daß die N. L. keine Meinung mehr haben darf. Die Kunde in verschiedenen Wiener Blättern, Will Vesper stehe dicht vor der Maßregelung, bewahrheitet sich also. Aber der tapferer »alte Kämpfer« ist seiner Ausbootung zuvor gekommen, er hat sich den Maulkorb anlegen lassen. Und behält damit die ihm von der Stadt Meissen geweihte Villa.

Nordmänner

In Amerika feierte der Hakenkreuzler Hans Grimm auf einer Tournee die »drei Nordmänner« — Amerika, England, Deutschland — die berufen seien, die nordische Welt Herrschaft aufzurichten. Aber Roosevelt hat sich

inzwischen gegen die »unruhigen Diktaturen« ausgesprochen, England schloß seine Flottenvereinbarungen mit Frankreich, also ist es Essig mit dieser nordischen Letztrute. Gott strafe England! Einer der literarisch bekanntesten Nordmänner wurde dieser Tage auf den Index gesetzt: Rudyard Kipling. Als er vor einer Woche starb, feierte ihn die Weltpresse als einen jener Dichter, die der ganzen Menschheit gehören, so verbreitet sind seine Bücher. Der Sprecher der Reichskulturkammer jedoch erklärte: »Kiplings Bücher, welche die britische Welt hegemonie verherrlichen, haben in unseren Büchereien keinen Platz...« Sogar das Dehngelblich sei antideutsch und englisch-biased. Das braune System braucht Bücher, die die hiterdeutsche Welt hegemonie verherrlichen. Es ist wiederum aus mit den drei Nordmännern.

Hoffnungen

Die »Deutsche Juristenzeitung« schreibt: »Es wird wohl noch eine Reihe von Jahren dauern, bis das Verständnis für die neu-deutsche Rechtsauffassung sich in der zivilisierten Umwelt so weit durchgesetzt hat, daß Zusammenstöße zwischen unserm deutschen und dem Rechtsempfinden der anderen europäischen Völker nicht mehr möglich sind.«

»Eine Reihe von Jahren« ist nett. Wir schlagen vor: tausend.

Der verhaßte Geist

»Es gibt nichts Dümmeres als die Uberschätzung des Geistigen. Auch ohne Kopf kann man viel leisten, aber ohne Biceps ist man nur ein trauriger Tropf...«

(Aus der »Fränkischen Tageszeitung«.)

Angst vor dem unsichtbaren Feind



Zeichnung von Henri Dubois.

Hase, der Ausländer ...

»Der Hase ist, das ist sicher, kein deutsches Tier, schon seiner peinlichen Furchtsamkeit wegen. Er ist ein Einwanderer, der Gastrecht genießt. Was die Löwen angeht, so sind bei ihm ganz unstreitbar Züge germanischen Gefühlens festzustellen. So kann man ihn wohl einen Auslandsdeutschen nennen...«

(Aus Ludendorffs »Am Quell deutscher Kraft«.)

Wilhelm III ...

Aus einer Berliner Nazizeitschrift.

»Wir müssen lernen, uns auf Stahl und Eisen zu trainieren. Wenn einer fest ist, müssen wir noch weit fester sein. Es kann nichts schaden, wenn gewisse Leute Furcht vor einem empfinden. Furcht ist immer besser als Mitleid... Deutschland ist wirklich erwacht...«

Neue Variationen des »Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich...!«

Eier- und Käsemangel

Der völlige Zusammenbruch der nationalsozialistischen Ernährungspolitik scheint sich nicht mehr abwenden zu lassen. Die schon seit Wochen angekündigte Milderung der Schweinefleisch-, Fett- und Butternot ist nicht zu verspüren. Dafür muß der Reichsernährungsminister täglich Meldungen entgegennehmen, die von einer Ausdehnung der Ernährungsschwierigkeiten berichten.

In den letzten Tagen vor Weihnachten ergaben sich besonders in den Großstädten in der Versorgung mit Eiern nicht zu behobende Schwierigkeiten. Obwohl die gesamten Bestände der Reichsstelle an Kücheneiern aufgebraucht wurden, und außerdem die Hühner infolge des milden Winterwetters mit ihrer Legetätigkeit früh einsetzten, konnte der Bedarf an Eiern nicht gedeckt werden.

Diese gleiche Erscheinung zeigte sich auch bei der Käseversorgung. Gerade in den für den Massenkonsum hauptsächlich in Betracht kommenden Sauermilchkäsen war der Mangel am stärksten zu verspüren.

Die deutschen Zeitungen dürfen über diese Ausdehnung der Ernährungsschwierigkeiten und ihren wahren Ursachen nicht berichten. Sie müssen im Gegenteil einen »steigenden Eier- und Käsebedarf« melden und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung immer wieder auf die angeblichen Fett- und Buttersorgen des Auslandes lenken.

Aber das Flasko der Ernährungs- und Agrarpolitik läßt sich dadurch nicht verhüllen.

Das Ringen um die Seele des Arbeiters hat im neuen Jahr mit etwas abgewandelten Methoden systematisch eingesetzt. Es ist den Nazis nicht verborgen geblieben, daß mit den Volksgemeinschaftspräsidenten allein dem wachsenden Unwillen der Bevölkerung nicht beizukommen ist und die plumpe Anbiederung an die Arbeiter auf der ganzen Linie versagt hat. Sie wissen auch, daß die reorganisierte Arbeitsfront-Presse, wenn sie alle Vorgänge im Sozialleben totschweigt, nur geeignet sein kann, die Klassengegensätze weiter zuzuspitzen. Man hat sich also entschlossen, in der für die Arbeiter bestimmten Presse in zweifacher Weise vorzugehen. Einmal soll der »Umgang mit Arbeitern« in natürlichere Formen gebracht werden und zum anderen soll abweichend von den bisherigen Methoden über den »unsichtbaren Feind« gesprochen werden.

In einer Instruktion wird mit den Menschen gründlich abgerechnet, die geglaubt haben unter der Arbeiterschaft die »Verbrüderungswalze« drehen zu können. Es klingt wie Selbstverhöhnung, wenn der Instruktor schreibt:

»Es wimmelt nur so von den »streuesten Söhnen«, »besten Brüdern«, »tapferen Volksgenossen«. Eine peinliche Sache im Grunde, dieses Anbiederei, diese hilflosen Anstrengungen, einen Kontakt mit den »Arbeitern der Faust« zu erzielen oder vorzutäuschen. Mitunter hat man das Gefühl, als

hätten die Leute, die immer vom Arbeiter reden, eine »Zoologische Garten-Vorstellung« von ihren Volksgenossen, die in der Fabrik arbeiten.«

Die »Leute«, die hier gerüffelt werden, haben eigentlich nach dem Vorbild ihres Führers gehandelt, wenn sie in der besagten Weise bei dem Arbeiter um Verständnis buhten. Wenn ihnen nun der Befehl gegeben wird, künftig »ihre gönnerhafte Tour« bei den Arbeitern einzustellen und sich der Arbeiterschaft »in natürlicher Achtung« zu nähern, so dürften sie auch mit dem neuen Trick kaum Glück haben, denn die natürliche Klassengemeinschaft des arbeitenden Volkes ist nun einmal mit der verlogenen Volksgemeinschaft der Hitlerbestien und ihrer »Verbrüderungswalze« nicht in Einklang zu bringen.

Der Instruktor ist wohl selbst von seinem neuen System nicht ganz überzeugt, denn er verbreitet gleichzeitig ein zweites Exposé über den »unsichtbaren Feind«, der unter Benutzung einer Gebrauchsanweisung vom SS-Gruppenführer Heydrich entsprechend diffamiert werden soll.

Die Amtswalter der DAF müßten daher Heydrichs Büchlein über »Wandlungen unseres Kampfes« studieren. (Wir haben über diese Schrift im »N. V.« ausführlich berichtet. Red. d. »N. V.«)

Der Ley ist sich über die wahre Stimmung der Arbeiter nicht im Unklaren.

Als bei Siemens vor Weihnachten infolge Einführung der Kurzarbeit Unruhe in der Belegschaft Platz gegriffen hatte, kam wie gewöhnlich der Ley zu Besuch, aber er hatte trotz seiner Leibgarde diesmal einige Aufregungen durchzumachen. Nach der Versammlung in einem Teilbetrieb fragte Ley leutselig einige Arbeiter nach ihren Löhnen. Ein Arbeiter mit 28 Mk. Brutto Lohn erklärte sich, entsprechend eingeschüchtert, mit seiner Lage zufrieden. Stolz in der Brust wanderte Ley zum nächsten Proleten, duzte ihn wie üblich und erfuhr, daß dieser 34 Mk. Lohn beziehe. Als der Ley darauf den Lobgesang auf den erfolgreichen Führer anstimmen wollte, fragte der Arbeiter seinen »Arbeiterführer«:

»Kannst Du mit 34 Mk. eine vierköpfige Familie ernähren?« Ley verließ angewidert durch soviel Popularität fluchtartig die Siemenswerke.

In einem Betrieb, der Segelflugzeuge herstellt, redete Ley über die Systemzeit und schilderte seine Heldentaten. Auf seine Frage: »Was habt Ihr für Deutschland getan?« kam laut und deutlich der Zwischenruf: »Vier Jahre Frontdienst«. Der Beifall war so stark, daß die Versammlung abgebrochen werden mußte.

Der Wille zum Widerstand wächst, der »unsichtbare Feind« wagt sich in steigendem Maße hervor. Heydrichs Rezept »hart zu sein« wird diesen Widerstand nicht brechen können.

Hitlers falscher Wirtschaftsprophet

Von einem Leser wird uns geschrieben:

Im »Neuen Vorwärts« vom 29. Dezember wird der folgenschwere Krach, der seit Monaten die deutsche Rundfunkindustrie zerstört, mit viel gutem Material in seinem ganzen Umfang aufgezeigt. Es wird dabei auf eine Schrift des Reichsleiters P. g. Hadamovsky verwiesen, die vor kurzem erschienen ist. Dieser Hadamovsky, dessen Name neuerdings im Zusammenhang mit einer großen Korruptionsaffäre im deutschen Rundfunk genannt wird, gehört zu jenen nationalsozialistischen Wirtschaftspolitikern, auf die Dr. Schacht in einer seiner letzten Reden das Goethewort bezog, daß sie »durch Heftigkeit ersetzen, was ihnen an Wahrheit und Kraft fehlt«, und die als »leichtfertige Dilettanten keine blasse Ahnung haben von den finanz- und wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart.«

Diese Schrift mit dem Titel »Hitler erobert die Wirtschaft« will an dem Beispiel der Rundfunkindustrie den gewaltigen Erfolg der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik herausstellen. Sie wird dabei gleichzeitig zu einem Dokument ekelhaftester Selbstbeweihräucherung des Verfassers. Wären persönlicher Ehrgeiz, Eitelkeit und Skrupellosigkeit nicht seine einzigen starken Seiten, so würde er Hemmungen gehabt haben, dieses hohe Lied auf seinen angeblichen Erfolg bei der Ankurbelung eines Wirtschaftszweiges niederschreiben, um so weniger, als zu der Zeit, da es noch in Arbeit war, schon die ersten Vorzeichen des gewaltigen Krachs, der inzwischen eine Anzahl Zusammenbrüche ausgelöst hat, zu erkennen waren.

Aber diese störenden Tatsachen schob der Reichsleiter einfach beiseite. Er hatte die Rundfunkindustrie gesund gemacht, also mußte sie gesund sein.

»Heute wissen wir, so trompetet er, daß eine gesunde Rundfunkwirtschaft ihren Weiterbestand und ihren Aufstieg allein der nationalsozialistischen Rundfunkgestaltung verdankt, und daß es der Rundfunkindustrie gelungen ist, in ihrer Mengenproduktion am meisten von dem früheren Konjunkturrückgang in der Gesamtwirtschaft aufzuholen...«

Dieser Erfolg ist sein, Hadamovskys Erfolg:

»Kaum einer glaubte, daß es der politischen Propaganda des Rundfunks und der mit ihr verbundenen volkswirtschaftlichen Tatkräft gelingen könnte, den Ruin der deutschen Wirtschaft überhaupt abzuwenden und damit auch den vor der Tür stehenden Ruin der deutschen Rundfunkwirtschaft zu vermeiden und im Gegenteil diesen Wirtschaftszweig einer ganz unerhörten Blüte entgegenzuführen.«

Diese Leistung wurde mit dem Volksempfänger vollbracht. Ausschließlich auf sein Konto ist die »Blüte der deutschen Rundfunkwirtschaft« zu schreiben:

»Der Volksempfänger wird ein zusätzliches Geschäft für die Rundfunkwirtschaft, das heißt, sie setzt an großen Apparaten etwa dasselbe wie in früheren Jahren, hat aber darüber hinaus einen zusätzlichen Absatz an Volksempfängern. Dementsprechend steigt der Gesamtumsatz dieser Wirtschaft und die Hörerzahl des Rundfunks.«

Aus den Kreisen der Rundfunkwirtschaft

kamen allerdings frühzeitig Mahnungen und Warnungen. Diese Einwände wurden jedoch als »recht marxistische Pläne« und als »Ausflüsse liberalistischer Politik« abgetan. Die sie vortrugen, wurden in der Schrift in die Kategorie der wirtschaftlichen Miesmacher eingereiht. Hadamovsky vernichtet sie folgendermaßen:

»Man hört heute häufig die Befürchtung: Ist die rasche Entwicklung der Rundfunkindustrie nicht künstlich hervorgerufen? Handelt es sich damit nicht um eine Scheinblüte? Werden wir nicht über kurz oder lang den Markt gesättigt haben und das, was sonst in langen Jahren gleichmäßiger Entwicklung abzusetzen wäre, in wenigen Jahren vorwegnehmen? Diese pessimistischen Fragen verraten nicht nur die politische und kulturelle Ahnungslosigkeit des Betreffenden, sondern zeigen auch insbesondere, daß er keine Kenntnis der volkswirtschaftlichen Lage auf dem Rundfunkgebiet besitzt...«

Die deutsche Entwicklung, wenn gleich von uns erzwungen, ist in jeder Phase kerngesund und kann, wenn die Rundfunkindustrie gewahrt und die politische Initiative gesichert bleiben, auf Jahre hinaus erfolgreich fortgeführt werden.

Im übrigen muß man einmal mit der Wirtschaftsvorstellung des kleinen Moritz abrechnen. Er hausiert nämlich mit der Vorstellung, daß die Entwicklung aber doch mindestens dann beendet sei, wenn nach unserer Parole jeder Volksgenosse Rundfunkhörer sei. Das ist eine klug scheinende Dummheit. Der Volksempfänger ist nämlich der Wegbereiter des großen Rundfunkapparates.

Noch einige Male kehrt die Versicherung wieder, daß der Volksempfänger ein zusätzliches Geschäft für die Rundfunkindustrie ist, und am Schluß der Schrift sonnt sich der Verfasser an seinem an der Wirtschaftsführung errungenen großen Sieg. Aber noch ehe das Pamphlet überall im Buchhandel zu haben war, wurde aus diesem grandiosen Sieg eine ernste und folgenschwere Niederlage nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die tausende deutsche Arbeiter mit neuer Arbeitslosigkeit büßen müssen. Es zeigte sich, daß selbst die »kleinen Moritze« noch zu günstig gesehen hatten. Denn, obwohl noch lange nicht jeder Volksgenosse Rundfunkhörer ist — mehr als zwei Drittel der deutschen Haushaltungen sind ohne Radio —, riß die kerngesunde deutsche Entwicklung plötzlich ab. Es kam zu einem Wiedereinbruch der Krise, der von gewaltigerer Wucht war als je zuvor. Der großspurigen Prophezie, daß sich der Aufschwung der deutschen Rundfunkindustrie noch auf Jahre hinaus erfolgreich fortsetzen könne, ist der jähle Krach gefolgt. Der Reichsleiter hat damit den Beweis erbracht, daß er zu den »leichtfertigen Dilettanten« gehört, und von den Folgen ihres Herumpfuschens in der Wirtschaft zeugt die gegenwärtige Lage der deutschen Rundfunkindustrie und manch anderen deutschen Wirtschaftszweiges.

Grobklotzig und rau!

»Der deutsche Dichter, allen Fisematenten spinnefeind, schreibt heute so, wie ihm die Feder gewachsen. Das klingt manchmal rau und grobklotzig, aber es tut einem unverbildeten Menschen wohl!

(Aus der »NS-Rheinfront«.)

Totaler Konkurrenzneid

Im vergangenen Monat veröffentlichten verschiedene Frauenzeitschriften in Deutschland die Universitätsstatistik der letzten Zeit und stellten bei dieser Gelegenheit fest, daß von den wenigen noch studierenden Frauen auffallend viele die Theologie als Fach erwählt haben. Kein Wunder: auf diesem Gebiet hatte das Dritte Reich bisher keine neuen Beschränkungen eingeführt. Jetzt teilt der »Reichsbote« Nr. 50 mit:

»Studentinnen der Theologie werden in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Bayern zu den theologischen Prüfungen nicht mehr zugelassen. Die Fakultätsprüfung (d. h. Universitätsprüfung ohne praktischen Wert. D. Red.) wird durch diese Bestimmung aber nicht berührt.«

Das Uebliche also: studieren dürft ihr, aber eure Kenntnisse müßt ihr für euch behalten, berufliche Anwendung ist untersagt. Dabei halten sich die Amtsstellen, von denen der Befehl natürlich ausgeht, schön im Hintergrund, der Ukas wird als kirchliche Botschaft frisiert. Bayern wird übrigens nicht allein bleiben, die anderen Länder werden alsbald folgen. Ob es um die jüdische oder um die weibliche Konkurrenz geht — die Unterdrückung ist gleich brutal, denn der Konkurrenzneid gehört zu den hervorsteckendsten Merkmalen des totalen Staates.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. 0.48 (5.90), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakel: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.